

# Politische Bildung *in der beruflichen Aus- und Weiterbildung*



---

**Vergleichende Studie über  
europäische Praktiken**

**AUTOR**

Berto Šalaj

**MITARBEITERINNEN**

Laura Burtan

Rebecca Hausner

Iris Knežević

Tanja Štampar

Diana Tăbleț

**AUTOR**

Berto Šalaj

**MITARBEITERINNEN**

Laura Burtan

Rebecca Hausner

Iris Knežević

Tanja Štampar

Diana Täblež

**ÜBERSETZUNG INS DEUTSCHE**

Ammalia Podlaszewska

Lotte Siefert

**DESIGN**

Bojan Crnić

**HERAUSGEBER**

Gong

**GESCHÄFTSFÜHRERIN**

Oriana Ivković Novokmet

Zagreb, Dezember 2024

**ORIGINALTITEL**

Civic Education in Vocational Education and Training:

Comparative Study of European Practices

GONG

A. Mihanovića 14, 10000 Zagreb – Kroatien

T: +385 1 4825 444

F: +385 1 4825 445

E-mail: [gong@gong.hr](mailto:gong@gong.hr)

Web: [www.gong.hr](http://www.gong.hr)



**FUNKY  
CITIZENS**



**CULTURE GOES EUROPE**  
SOZIOKULTURELLE INITIATIVE ERFURT E.V.



**Co-funded by  
the European Union**

Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission erstellt. Sie spiegelt ausschließlich die Ansichten des Autoren wider, und die Kommission übernimmt keine Verantwortung für die Nutzung der darin enthaltenen Informationen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament, die vom 6. bis 9. Juni dieses Jahres stattfanden, waren durch das Erstarken rechtsextremer politischer Parteien gekennzeichnet, was zahlreiche Analysten dazu veranlasste, ihre Besorgnis über die Zukunft der Europäischen Union und das Überleben des liberal-demokratischen Systems, das dieser Gemeinschaft zugrunde liegt, zu äußern. Die Krise der liberalen Demokratie ist seit langem Gegenstand zahlreicher politischer Analysen und Forschungen, und heute gibt es viele Studien (z. B. Tormey, 2015; Mounk, 2018; Fukuyama, 2021), die Einblicke in die Indikatoren, Ursachen und Folgen dieser Krise geben. Fast alle diese Studien stimmen darin überein, dass das stabile und effektive Funktionieren liberal-demokratischer politischer Systeme weitgehend, wenn nicht sogar entscheidend, von der Existenz einer demokratischen politischen Kultur abhängt. Der Kern dieser Kultur besteht aus Bürgern, die über das Wissen, die intellektuellen und partizipatorischen Fähigkeiten sowie die Werte und Einstellungen verfügen, die für eine informierte und verantwortungsvolle Teilnahme an politischen Prozessen erforderlich sind. Die größte Herausforderung für die heutigen liberal-demokratischen Ordnungen besteht darin, dass solche Bürger nicht geboren werden; ihre Existenz sollte nicht als selbstverständlich vorausgesetzt werden, sondern sie müssen durch politische Sozialisierungsprozesse entwickelt werden.

Einer der wichtigsten Sozialisationsfaktoren, der die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur fördern soll, ist das Bildungssystem. Seit den Anfängen der ersten öffentlichen Bildungssysteme, die Ende des 18. Jahrhunderts aufgrund der Auswirkungen der Französischen und der Industriellen Revolution entstanden, wurden diese Systeme mit zwei Hauptzielen beauftragt (Šalaj, 2018). Das erste kann als sozioökonomisch bezeichnet werden und beinhaltet die Vorbereitung qualifizierter Arbeitskräfte, die den Anforderungen des Arbeitsmarktes und der Unternehmer gerecht werden können. Das zweite Ziel kann als soziokulturell bezeichnet werden und bezieht sich auf die Vorbereitung junger Menschen auf die Rolle aktiver, informierter und verantwortungsbewusster Bürger, die bereit sind, sich am politischen Prozess zu beteiligen. Um diese soziokulturelle

Funktion besser zu erfüllen, begannen liberal-demokratische Regime im 20. Jahrhundert, Programme zur politischen Bildung in ihre Bildungssysteme aufzunehmen (Osler und Starkey, 2005). Infolgedessen wurde die staatsbürgerliche Bildung zum wichtigsten Kanal für die Förderung der demokratischen politischen Kultur in liberal-demokratischen politischen Systemen. Diese zentrale Rolle der politischen Bildung hat das Interesse zahlreicher Forscher geweckt, die in ihren wissenschaftlichen Arbeiten verschiedene Aspekte der Umsetzung dieser Art von Bildung untersucht haben (z. B. Rapeli, 2014; Lupia, 2016).

Ein Teil der Erkenntnisse aus der genannten Untersuchung weist auf eine ernsthafte Herausforderung hin, der sich liberal-demokratische Ordnungen in Zukunft stellen müssen. Diese Herausforderung bezieht sich auf die Tatsache, dass die politische Bildung in einem Teil des öffentlichen Bildungssystems vernachlässigt wurde - insbesondere in der beruflichen Aus- und Weiterbildung (VET) bzw. in Berufsschulen. So stellt eine der umfassendsten Studien zur politischen Bildung in europäischen Ländern (Eurydice-Bericht, 2017a), die die Situation in 36 Ländern beschreibt, fest, dass in den meisten der untersuchten Staaten "die Bildungsbehörden der politischen Bildung in Berufsschulen im Vergleich zu anderen Schultypen weniger Aufmerksamkeit widmen" (10).

Diese Vernachlässigung der politischen Bildung in den Berufsschulen stellt unserer Meinung nach einen schwerwiegenden Mangel im Prozess des Aufbaus einer demokratischen politischen Kultur dar. Dies wird durch Forschungsergebnisse gestützt, die darauf hindeuten, dass Berufsschüler erhebliche Defizite bei ihren politischen Kompetenzen aufweisen. So zeigen zum Beispiel Studien zur politischen Kompetenz von Abiturienten in Kroatien, die zu drei verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt wurden, durchweg und eindeutig, dass Berufsschüler statistisch gesehen schlechter abschnitten als allgemeinbildende (Gymnasial-)Schüler (Šalaj, Gvozdanović und Horvat, 2024).

Angesichts all dieser Überlegungen konzentriert sich diese Studie auf den Stand der politischen Bildung in Berufsschulen. In den meisten europäischen Ländern besucht eine beträchtliche Anzahl von Schülern Berufsschulen, so dass es für die künftige Entwicklung und das Überleben der liberalen Demokratie von entscheidender Bedeutung ist, dass auch diese Schüler Zugang zu einer qualitativ hochwertigen politischen Bildung haben. Um die aktuelle Situation zu bewerten, haben wir eine vergleichende Analyse der politischen Bildung in Berufsschulen in sieben europäischen Ländern durchgeführt: Österreich, Kroatien, England, Deutschland, Italien, Norwegen und Rumänien.<sup>1</sup> Durch die Auswahl dieser Länder haben wir verschiedene geografische Gebiete in Europa einbezogen und sowohl "alte" als auch "neue" europäische Demokratien berücksichtigt.

In methodischer Hinsicht wird sich die Studie auf zwei Hauptmethoden stützen. Die erste ist die Sekundärforschung, die die Analyse von zwei Arten von Quellen umfasst. Die erste Art umfasst offizielle Dokumente wie Gesetze, Verordnungen, Regeln, Lehrpläne, Lehrpläne und ähnliche Materialien. Die zweite Art umfasst akademische Artikel und Bücher, die sich mit politischer Bildung befassen, insbesondere solche, die sich mit der politischen Bildung in Berufsschulen befassen. Die Sekundäranalyse wird ergänzt durch die Befragung von Schlüsselinformanten - Experten aus dem akademischen Bereich, Think Tanks und Interessenverbänden -, die zusätzliche Einblicke in ihre jeweiligen Länder gewähren. Wir werden insgesamt 11 Interviews mit Schlüsselinformanten aus den in die Analyse einbezogenen Ländern führen.

1 In Deutschland liegt die Zuständigkeit für das Bildungswesen bei den 16 Bundesländern, von denen jedes sein eigenes System hat, das die gleiche Grundstruktur aufweist, sich aber in bestimmten Aspekten unterscheidet. In dieser Studie beziehen sich die Daten für Deutschland auf das Bundesland Thüringen.

Mit dieser Studie möchten wir der interessierten Öffentlichkeit einen Einblick in den aktuellen Stand der politischen Bildung in den europäischen Ländern geben, eine Diskussion über die Qualität dieser Bildung anregen und vor allem mögliche Wege zur Verbesserung der Qualität der politischen Bildung in Berufsschulen aufzeigen.<sup>2</sup> Neben der Einleitung gliedert sich die Studie in mehrere große Abschnitte. Der zweite Abschnitt der Studie dient als theoretischer Rahmen, in dem wir die Konzepte von Demokratie, demokratischer politischer Kultur, politischer Kompetenz, Bildung, beruflicher Bildung und politischer Bildung miteinander verbinden. Im dritten Abschnitt der Studie wird die Grundstruktur der Bildungssysteme der untersuchten Länder skizziert, wobei der Schwerpunkt auf den öffentlichen, formalen Bildungssystemen liegt. Nach der Beschreibung der Grundstruktur gehen wir auf die Sekundarstufe ein, wobei wir den verschiedenen Schultypen, die in den untersuchten Ländern auf dieser Ebene vorhanden sind, besondere Aufmerksamkeit widmen. Im vierten Abschnitt konzentrieren wir uns auf die Berufsschulen in den untersuchten Ländern. Der fünfte Abschnitt befasst sich mit der staatsbürgerlichen Erziehung in diesen Berufsschulen. Im sechsten Abschnitt fassen wir die wichtigsten Erkenntnisse aus den vorangegangenen Kapiteln zusammen. All diese Erkenntnisse kulminieren im abschließenden siebten Abschnitt, in dem wir unsere Empfehlungen zur Verbesserung der politischen Bildung in Berufsschulen vorstellen.

2 Da die Verantwortung für die Bildungssysteme, einschließlich der politischen Bildung, in erster Linie in der Zuständigkeit der Nationalstaaten liegt, konzentrieren wir uns in dieser Studie speziell auf diese Ebene. Daher werden wir uns nicht mit den Bemühungen internationaler Organisationen wie dem Europarat befassen, die ebenfalls bestimmte Projekte im Bereich der politischen Bildung durchführen.

## SCHLÜSSELKONZEPTE

Der wohl wichtigste Demokratietheoretiker des 20. Jahrhunderts, der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Dahl, beschreibt in seinem Buch *Democracy and Its Critics* (1989) die Demokratie als ein politisches System, in dem alle von einer Entscheidung Betroffenen am Entscheidungsprozess beteiligt sind. In demselben Buch erklärt Dahl, dass die Demokratietheorie ein Bereich der Forschung, Analyse, Theoriebildung und empirischen Beschreibung der demokratischen Idee und demokratischer politischer Systeme ist. Demokratietheorie umfasst somit zahlreiche Fragen, wobei sich diese Studie in erster Linie auf die Bedingungen konzentriert, die das stabile und effektive Funktionieren demokratischer politischer Systeme begünstigen. Ein Überblick über die Forschung, die versucht, diese Frage zu beantworten, zeigt, dass es gewisse Unterschiede zwischen den Forschern gibt, die darauf zurückzuführen sind, dass bestimmte Autorengruppen bestimmte Faktoren als die wichtigsten für die Erklärung der Funktionsweise demokratischer Systeme hervorheben. Vujčić (2001) stellt fest, dass eine Gruppe die Institutionen und die institutionelle Gestaltung als am wichtigsten ansieht, eine andere betont sozioökonomische Faktoren, während eine dritte soziokulturelle Faktoren hervorhebt.

In dieser Studie interessieren wir uns für die Auswirkungen der soziokulturellen Faktoren auf das Funktionieren der Demokratie.<sup>3</sup> Der Gedanke, dass das Funktionieren eines politischen Gemeinwesens nicht nur von der besseren oder schlechteren Anordnung der Institutionen abhängt, sondern auch von der Sphäre, in der die Aktivität der Bürger zum Ausdruck kommt und in der sich die grundlegenden politischen Werte, Symbole und Gefühle der Gemeindemitglieder manifestieren, wurde bereits in der antiken griechischen politischen Philosophie geprägt (Šalaj, 2007; Ober, 2017). Eine systematische Erklärung und empirische Überprüfung der Rolle soziokultureller Faktoren bei der Ausübung der Demokratie wurde jedoch von den amerikanischen Politikwissenschaftlern Gabriel Almond und Sidney Verba in ihrer bekannten Studie *The Civic Culture* (1963) vorgenommen. In dieser Studie führten Almond und Verba das Konzept der politischen Kultur in die Sozialwissenschaften ein und definierten es als die besondere Verteilung von Orientierungen gegenüber politischen Objekten unter den Mitgliedern einer Nation (21). Ihre vergleichende Studie des politischen Lebens in fünf verschiedenen Ländern führte die Autoren zu dem Schluss, dass die Entwicklung einer stabilen und effektiven demokratischen Regierung nicht von der Struktur der Regierung und der Politik abhängt, sondern von den Orientierungen der Menschen

3 In Anlehnung an zeitgenössische politikwissenschaftliche Auffassungen (z. B. Zakaria, 2007; Ravlić, 2017; Mounk, 2018) verstehen wir in dieser Studie Demokratie als liberale Demokratie. Das demokratische Segment betont die Volkssouveränität und die Gleichheit der Bürger, während der liberale Aspekt die Bedeutung der individuellen Rechte und Freiheiten unterstreicht. Die demokratische Tradition beruht auf der Idee, dass die höchste Macht in einer politischen Gemeinschaft in den Händen des Volkes liegen sollte, das entweder direkt oder durch seine Vertreter über alle wichtigen politischen Angelegenheiten entscheidet. Die liberale Tradition beruht auf der Idee, dass der Einzelne durch verfassungsmäßige und rechtliche Beschränkungen vor willkürlicher Machtausübung geschützt werden sollte, selbst in Fällen, in denen diese Macht demokratisch legitimiert ist.

gegenüber dem politischen Prozess - der politischen Kultur. Wenn die politische Kultur ein demokratisches System nicht unterstützen kann, sind die Chancen für den Erfolg dieses Systems gering (365).

Nach der Veröffentlichung der Studie wurde das Konzept der politischen Kultur äußerst populär und in der Forschung häufig verwendet, was zur Anerkennung eines politisch-kulturellen Ansatzes innerhalb der Sozialwissenschaften führte (Inglehart und Welzel, 2005; Vujčić, 2001; 2008). Während einige Forscher bei den grundlegenden Thesen des politisch-kulturellen Ansatzes blieben, bezogen sie andere Konzepte in ihre Studien ein, wie z. B. Sozialkapital (Putnam, 1993; 2000), soziales Vertrauen (Fukuyama, 1995), politische Bildung (Crick und Lister, 1978; Crick, 2000; Milner, 2002), Bürgerkompetenz (Lupia, 2016) und so weiter. In dieser Studie werden wir uns nicht mit den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen diesen Konzepten befassen, sondern uns auf die Tatsache konzentrieren, dass alle diese Begriffe die Idee zum Ausdruck bringen, dass diese subjektive Dimension der Politik, die das Wissen, die Fähigkeiten, die Einstellungen und die Werte der Bürger umfasst, für das ordnungsgemäße Funktionieren der Demokratie entscheidend ist.

In Anbetracht der Bedeutung dieser soziokulturellen Dimension der Politik ist es logisch zu fragen, wie sie sich entwickelt. Die Bürger werden nicht mit einer entwickelten demokratischen politischen Kultur oder staatsbürgerlichen Kompetenz geboren; vielmehr können diese durch Prozesse entwickelt werden, die als politische Sozialisation bezeichnet werden (Greenspan, 1969; Jennings und Niemi, 1981). Dieses Konzept entstand aus der Erkenntnis, dass Menschen nicht mit angeborenem Wissen, Einstellungen und Werten über Politik geboren werden. Wenn wir Sozialisation als den Prozess verstehen, der alle gesellschaftlichen Einflüsse auf junge Menschen umfasst, durch die sie sich in die Gesellschaft integrieren - also als den Prozess, durch den junge Menschen in die Gesellschaft, in der sie leben, "hineinwachsen" -, dann kann politische Sozialisation in ähnlicher Weise als der Prozess definiert werden, durch den junge Menschen in die Politik als einen spezifischen Bereich der Gesellschaft "hineinwachsen". Eine zentrale

Erkenntnis, die die Entwicklung der politischen Sozialisationsforschung maßgeblich beeinflusst hat, ist die Einsicht, dass politische Sozialisation kein eindimensionaler, sondern ein komplexer Prozess ist und dass politische Kultur unter dem Einfluss vieler Faktoren erworben, entwickelt und verändert wird. Eine Durchsicht der Literatur zur politischen Sozialisation (Dekker, 1991; Sigel, 1995) legt mehrere Schlüsselfaktoren nahe, darunter die Familie, Gleichaltrigengruppen, das Bildungssystem, die Massenmedien, die Religion und das Wirtschaftssystem.

In dieser Studie interessieren wir uns vor allem für die Rolle der Bildung, insbesondere der öffentlichen Bildungssysteme, als Faktor der politischen Sozialisation. Wie wir bereits in der Einleitung betont haben, besteht eine der Hauptaufgaben der öffentlichen Bildungssysteme seit ihrer Einführung darin, die neuen Generationen darauf vorzubereiten, die Rolle aktiver und verantwortungsbewusster Bürger zu übernehmen, die in der Lage sind, am politischen Prozess teilzunehmen. Mit anderen Worten: Das gesamte öffentliche Bildungssystem fungiert als Schlüsselfaktor für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur unter den neuen Generationen. Die Schulen führen die Schüler in die Konzepte der Staatsführung, der Staatsbürgerschaft und der politischen Beteiligung ein. Sie bieten ein strukturiertes Umfeld, in dem junge Menschen etwas über ihre Rolle in der Gesellschaft und die Bedeutung des bürgerlichen Engagements lernen können.

Im Laufe der Zeit, insbesondere in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, entstand in den demokratischen politischen Gemeinwesen die Idee, dass ein spezifischer Bereich des öffentlichen Bildungssystems der Vorbereitung junger Menschen auf die Rolle aktiver Bürger gewidmet sein sollte. Dieser Bereich wird meist als staatsbürgerliche Erziehung bezeichnet (Crick, 2000; Galston, 2001).<sup>4</sup> Diskussionen über staatsbürgerliche Erziehung gewannen mit der Ausweitung des Wahlrechts, insbesondere mit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts, an Bedeutung. In einer Situation, in der alle Bürger die Möglichkeit haben, zumindest indirekt an der Leitung der politischen Gemeinschaft, der sie angehören, teilzunehmen, wird die Frage, wie kompetent die Bürger für diese Rolle sind, entscheidend. In dem Bestreben, die Entwicklung der politischen Kultur der jüngeren Generationen in Richtung einer demokratischen Form zu lenken, haben viele Länder, insbesondere seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, Programme zur politischen Bildung in ihre Schulsysteme aufgenommen (Šalaj, 2002). Politische Bildung wird daher definiert (z. B. Gutmann, 1987; Crick, 2000) als ein Teilbereich des Bildungssystems, dessen Hauptaufgabe darin besteht, den Einzelnen in die Lage zu versetzen, sich das Wissen, die Fähigkeiten, die Einstellungen und die Werte anzueignen, die für die Teilnahme an den sozialen und politischen Prozessen der Gemeinschaften, in denen er lebt, erforderlich sind.

4 Natürlich ist die Idee der politischen Bildung nicht erst im 20. Jahrhundert entstanden; so etwas wie das Konzept der politischen Bildung gibt es schon, seit die Menschen begonnen haben, über Politik zu diskutieren und zu schreiben. Dieses Interesse rührt von der Tatsache her, dass alle politisch organisierten Gesellschaften vor der Herausforderung standen und stehen, den Einzelnen auf die soziale und politische Beteiligung vorzubereiten. Ein Überblick über die Geschichte des politischen Denkens (Heater, 2003) zeigt, dass zahlreiche Autoren (z. B. Aristoteles, Jean-Jacques Rousseau, Thomas Jefferson usw.) sich mit der Rolle der Bildung bei der Vorbereitung der Bürger auf die Teilnahme am öffentlichen Leben befasst haben.

Zwei Fragen sind für die Diskussion über den Status der politischen Bildung in öffentlichen Schulsystemen besonders wichtig. Die erste bezieht sich auf die Arten und die zweite auf die Modelle der politischen Bildung (Šalaj, 2002; Eurydice-Bericht, 2017a; 2017b). Bei der Diskussion über die Arten geht es um den Inhalt der politischen Bildung, der sich aus der Tatsache ergibt, dass unterschiedliche Inhalte unterschiedliche Ziele fördern können. So kann politische Bildung beispielsweise dazu dienen, die Loyalität gegenüber der aktuellen politischen Ordnung zu stärken oder kritisches Denken über Gesellschaft und Politik zu fördern. Jedes Programm zur politischen Bildung, das die aktive Bürgerschaft fördern soll, spiegelt von Natur aus das Ideal der Bürgerschaft und das Ideal der Gesellschaft wider, das die Macher des Programms für das Beste halten (Davies, Gregory und Riley, 1999; Westheimer, 2015). Die meisten Analysen (Patrick, 1977; Harber, 1991; Maitles, 1999; Šalaj, 2002; Eurydice-Bericht, 2017a), die die Arten der politischen Bildung untersucht haben, stimmen darin überein, dass vier wesentliche inhaltliche Dimensionen identifiziert werden können. Dabei handelt es sich um Wissen, intellektuelle Fähigkeiten, partizipatorische Fähigkeiten und Haltungen. Das Vorhandensein verschiedener Arten von politischer Bildung ergibt sich aus der Tatsache, dass spezifische Programme sich darin unterscheiden, wie viel Zeit und Raum jeder dieser Dimensionen gewidmet wird.

Unterschiedliche Modelle der politischen Bildung ergeben sich aus den verschiedenen Arten der Umsetzung dieser Art von Bildung innerhalb der Schulsysteme, die wiederum unterschiedliche Auffassungen über das Wesen und die Bedeutung der politischen Bildung für das gesamte Schulsystem widerspiegeln. Ausgehend von den derzeitigen Praktiken der Umsetzung von politischer Bildung in den Schulsystemen demokratischer politischer Gemeinschaften lassen sich drei Hauptmodelle identifizieren (Šalaj, 2002; Eurydice-Bericht, 2017b). Im ersten Modell ist die politische Bildung zwar Teil des Schulsystems, aber nicht Teil eines expliziten Lehrplans. Es wird davon ausgegangen, dass die Schülerinnen und Schüler die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Einstellungen im Rahmen des gesamten

Schulbildungsprozesses entwickeln. Nach diesem Modell wird davon ausgegangen, dass bestimmte Elemente des Schulsystems - wie die alltägliche Atmosphäre und das Leben in der Schule, das Ethos im Klassenzimmer, die Organisation der Schule und die Art der Interaktion und Kommunikation zwischen Lehrern und Schülern -, wenn sie demokratisch organisiert sind, ausreichen, um die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur unter den Schülern zu fördern. Im zweiten Modell wird die politische Bildung ausdrücklich in den Lehrplan aufgenommen und als ein pädagogisches Prinzip verstanden, das den gesamten Lehrplan durchdringen und alle Fächer von der Mathematik bis zur Kunsterziehung umfassen sollte. Aus diesem Grund wird dieses Modell auch als fächerübergreifend bezeichnet. Beim dritten und einfachsten Modell wird die politische Bildung in einem oder mehreren eigenständigen, separaten Schulfächern vermittelt.

In dieser Studie interessieren wir uns vor allem für den Stellenwert der politischen Bildung im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung. Warum halten wir dieses Thema für entscheidend für die zukünftige Entwicklung der demokratischen politischen Kultur in liberal-demokratischen Systemen? Die Antwort liegt in der spezifischen Natur der Hauptziele der beruflichen Bildung. Alle Länder beginnen an einem bestimmten Punkt ihres Bildungssystems damit, die Schüler in verschiedene Bildungsarten einzuteilen. Nach dem für alle Schüler gemeinsamen Teil, der in der Regel als Grundschulbildung bezeichnet wird und von Land zu Land unterschiedlich lange dauert, kommt es mit Beginn der Sekundarstufe zu einer Differenzierung der Schüler in verschiedene Bildungstypen bzw. Schultypen. Die wichtigste Unterscheidung für diese Studie ist die zwischen allgemeinbildenden Schulen, die oft als Gymnasien bezeichnet werden, und Schulen, die eine Berufsausbildung anbieten.

Die wichtigsten Unterschiede zwischen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zeigen sich in den primären Zielen und Funktionen dieser Schulen (Grubb, 1996; Dehmel, 2005; Brockmann, Clarke, und Winch, 2008; Biesta, 2009; CEDEFOP, 2014; Brescianini, 2023). Die allgemeine Bildung, die manchmal auch als akademische Bildung bezeichnet wird, konzentriert sich auf die Vermittlung theoretischer Kenntnisse und Einsichten und soll sicherstellen, dass die Studierenden ein breites Verständnis für verschiedene Bereiche erwerben. In diesem Zusammenhang werden die Studierenden ermutigt, kritisches Denken und analytische Fähigkeiten zu entwickeln, d. h. der Schwerpunkt liegt auf der allgemeinen intellektuellen Entwicklung der Studierenden. Das Hauptziel dieser Art von Ausbildung ist nicht die Vorbereitung auf einen bestimmten Beruf, sondern die Schaffung einer Grundlage für die weitere Ausbildung auf höherer Ebene, z. B. an Universitäten und Hochschulen, d. h. auf tertiärer Ebene. Im Einklang mit diesen Zielen wird der Unterricht in der Regel in Form von Vorlesungen von Professoren und Lehrern abgehalten.

Im Gegensatz zur allgemeinen Bildung konzentriert sich die berufliche Bildung auf die Entwicklung der praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten der Schüler, um sicherzustellen, dass die Schüler nach ihrem Abschluss für den Arbeitsmarkt bereit sind. Berufsbildung wird in der Regel definiert als alle Bildungsgänge, die darauf abzielen, Menschen mit Wissen, Kenntnissen, Fertigkeiten und Kompetenzen auszustatten, die in einem bestimmten Beruf oder im weiteren Sinne auf dem Arbeitsmarkt benötigt werden (CEDEFOP, 2014). Während dieser Art von Ausbildung erwerben die Schüler die praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Ausübung bestimmter Tätigkeiten erforderlich sind, d. h. sie werden nach Abschluss ihrer Ausbildung auf die Arbeit in einem bestimmten Beruf oder einer bestimmten Tätigkeit vorbereitet (z. B. Elektriker, Bauarbeiter, Bäcker, Friseur usw.). In den Berufsschulen liegt der Schwerpunkt auf der praktischen Arbeit, wobei ein großer Teil des Unterrichts durch Erfahrungslernen erfolgt. Ein Teil des Unterrichts wird in Zusammenarbeit mit Unternehmen und Arbeitgebern im Rahmen von Praktikums- und Ausbildungsmodellen durchgeführt. Dieser Ansatz zielt darauf ab, die Schüler während ihrer Ausbildung so nah wie möglich an die reale Arbeitswelt heranzuführen.

Dies legt nahe, dass die berufliche Bildung speziell darauf ausgerichtet ist, die Schüler auf einen raschen Eintritt in den Arbeitsmarkt vorzubereiten, wobei ihre primäre Funktion sozioökonomischer Natur ist, d. h. das Hauptziel besteht darin, qualifizierte Arbeitskräfte für den Bedarf des Arbeitsmarktes vorzubereiten. Was geschieht jedoch mit der soziokulturellen Funktion solcher Schulen, insbesondere mit der Vorbereitung der jungen Menschen auf eine aktive Bürgerschaft? Wird dieser Aspekt vernachlässigt, oder gibt es in diesem Schultyp Elemente der staatsbürgerlichen Erziehung, deren Vorhandensein für die Förderung einer demokratischen politischen Kultur unerlässlich ist?

## BILDUNGSSYSTEME

Im dritten Teil des Papiers skizzieren wir die Grundstruktur der Bildungssysteme der in die Analyse einbezogenen Länder. Dabei konzentrieren wir uns auf die öffentlichen, formalen Bildungssysteme. Nach der Beschreibung der Grundstruktur befassen wir uns mit der Sekundarstufe, wobei wir uns besonders für die verschiedenen Schultypen interessieren, die es in den untersuchten Ländern auf dieser Stufe gibt.

Um den Vergleich zu erleichtern, werden wir eine Kategorisierung verwenden, die als Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens (ISCED) bekannt ist. Diese Klassifizierung wurde von der UNESCO entwickelt und wird verwendet, um Bildungssysteme in verschiedenen Ländern zu kategorisieren und zu vergleichen (Schneider, 2008; UNESCO, 2012). Die ISCED-Klassifikation ermöglicht die Standardisierung von Bildungsdaten auf internationaler Ebene und erleichtert die Analyse und den Vergleich von Bildungssystemen in verschiedenen Ländern. Diese Klassifikation gliedert die Bildungssysteme in neun Stufen, von Stufe 0 bis Stufe 8. Stufe 0 wird als frühkindliche Bildung bezeichnet und umfasst Programme für Kleinkinder, die in der Regel vor Beginn der obligatorischen Grundschulzeit stattfinden. Die höchste Stufe ist Stufe 8, die Promotionsstufe, die die höchste Stufe der tertiären Bildung darstellt, einschließlich Promotionsstudien und ähnlicher forschungsorientierter Programme.

In dieser Studie befassen wir uns mit den Stufen 1, 2 und 3, wobei wir uns besonders auf Stufe 3 konzentrieren. ISCED 1 bezeichnet die Grundschulbildung, die erste Stufe der formalen Bildung, die in der Regel zwischen dem sechsten und siebten Lebensjahr beginnt und sich auf grundlegende Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten sowie grundlegende Fähigkeiten konzentriert. ISCED 2 steht für die untere Sekundarstufe. Diese Stufe folgt auf die Primarstufe und geht der Sekundarstufe II voraus. Sie konzentriert sich in der Regel auf die Allgemeinbildung, kann aber auch den Beginn der beruflichen Bildung umfassen. ISCED 3 bezeichnet den oberen Sekundarbereich. Dieser Bereich umfasst die späteren Stufen des Sekundarbereichs und beinhaltet sowohl die allgemeine Bildung, die oft als High School bezeichnet wird, als auch die berufliche Bildung. Ziel ist es, die Schüler entweder auf eine Hochschulausbildung oder auf den Eintritt in den Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Die Basisdaten zu den in die Analyse einbezogenen Ländern sind in Tabelle 1 aufgeführt. In der ersten Spalte der Tabelle ist das Alter angegeben, in dem die Schüler mit dem Schulbesuch beginnen müssen, in der zweiten die Gesamtdauer der Schulpflicht, und in der dritten, vierten und fünften Spalte die Dauer der Primarstufe, der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II (ISCED 1, 2 und 3). In der letzten Spalte ist zunächst die Dauer der allgemeinen akademischen Bildung aufgeführt, gefolgt von der Dauer der beruflichen Bildung.

Tabelle 1: Überblick über die Bildungsstruktur

	Eintrittsalter für die Schulpflicht	Dauer der Schulpflicht (Jahre)	Dauer der Grundschulausbildung (Jahre) ISCED 1	Dauer des Besuchs der Sekundarstufe I (Jahre) ISCED 2	Dauer des Besuchs der Sekundarstufe II (Jahre) ISCED 3
Österreich	6	9	4	4	4/3-5
Kroatien	6	8	4	4	4/3-4
England	5	11	6	3	2/2-3
Deutschland	6	10	4	6	2-3/3
Italien	6	10	5	3	5/3-5
Norwegen	6	10	7	3	3/2+2
Rumänien	6	11	4	4	4/3-5

Quellen: Institut für Bildungspolitik, 2023; Eurydice, 2023a; Eurydice, 2023b; Eurydice, 2024; OECD, 2024.

Die Analyse der Bildungssysteme der einbezogenen Länder zeigt, dass die berufliche Bildung sowohl im Sekundarbereich I als auch im Sekundarbereich II stattfindet, wobei der größte Teil auf den Sekundarbereich II entfällt, insbesondere auf die ISCED-Stufe 3. In einigen Ländern wird die berufliche Bildung auch auf der ISCED-Stufe 4 angeboten, die die postsekundäre nicht-tertiäre Bildung umfasst. Dieser Bildungsbereich liegt oberhalb der Sekundarstufe II, ist aber noch nicht dem Tertiärbereich zuzuordnen und umfasst berufliche und technische Bildungsgänge, die auf den Arbeitsmarkt oder eine weiterführende Ausbildung vorbereiten.

Der überwiegende Teil der beruflichen Bildung findet jedoch in allen untersuchten Ländern auf der oberen Sekundarstufe (ISCED 3) statt, weshalb der Schwerpunkt der weiteren Untersuchung auf dieser Ebene liegt. Generell lassen sich die Schulen der ISCED-Stufe 3 in allen untersuchten Ländern in zwei große Gruppen einteilen. Die erste Gruppe umfasst Schulen, die eine allgemeine Bildung vermitteln, die die Schüler in der Regel mit nationalen Prüfungen abschließen, die sie in die Lage versetzen, sich für eine weiterführende Ausbildung auf tertiärer Ebene zu bewerben. Die zweite Gruppe besteht aus berufsbildenden Schulen, in denen die Schüler nach ihrem Abschluss eine Qualifikation für einen bestimmten Beruf oder ein bestimmtes Gewerbe erhalten.

## BERUFLICHE SCHULEN

Im vierten Teil konzentrieren wir uns auf die Berufsschulen in den untersuchten Ländern. Dabei werden wir versuchen, Fragen zu beantworten, die sich auf die verschiedenen Arten von Berufsschulen, die soziale Attraktivität von Berufsschulen, die Dauer der Berufsausbildung, das Verhältnis zwischen allgemeinen und beruflichen Inhalten im Lehrplan und das Verhältnis zwischen der Lernzeit im Klassenzimmer und den praktischen Aspekten der Ausbildung, d. h. der Zeit am Arbeitsplatz, beziehen.

Es ist zu beachten, dass die Analyse der beruflichen Bildung aus zwei Gründen sehr komplex ist. Der erste Grund ist, dass in allen untersuchten Ländern die berufliche Bildung auf der ISCED-3-Ebene sehr vielfältig ist und den Schülern eine große Auswahl an Schulen und Programmen zur Verfügung steht. Der zweite, damit zusammenhängende Grund ist, dass es im Bereich der beruflichen Bildung häufig geteilte Zuständigkeiten zwischen Zentral- und Regionalregierungen gibt.

Wir haben uns entschlossen, diese komplexe Situation zu vereinfachen, indem wir uns in dieser Studie auf diejenigen Arten von Berufsschulen konzentrieren, die zwei Merkmale aufweisen. Das erste betrifft die Tatsache, dass die Schüler nach Abschluss dieser Schulen eine Qualifikation für einen bestimmten Beruf oder ein bestimmtes Gewerbe erwerben, ihre Ausbildung aber nicht direkt auf höheren Ebenen fortsetzen können.<sup>5</sup> Mit anderen Worten: Diese Schulen zielen ausschließlich darauf ab, junge Menschen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Das zweite wichtige Merkmal ist für uns, dass diese Art von Berufsschule den Unterricht im Klassenzimmer mit der Praxis am Arbeitsplatz verbindet.

<sup>5</sup> In den meisten Ländern gibt es Optionen, die es Schülern, die diese Art von Schule abgeschlossen haben, ermöglichen, ihre Ausbildung auf höherem Niveau fortzusetzen. Bei diesen Optionen müssen die Schüler jedoch bestimmte Bedingungen erfüllen, bevor sie das Recht erhalten, sich an einer höheren Schule einzuschreiben, wozu in der Regel der Besuch und das Bestehen zusätzlicher Bildungsprogramme gehören. Daher entscheidet sich nur eine sehr geringe Zahl von Schülern für diese Möglichkeiten.

Warum haben wir uns für diese Schulform entschieden? Wir sind der Meinung, dass es in dieser Schulform - in der die meisten Schüler ihre formale Ausbildung abschließen und in den Arbeitsmarkt eintreten - eine einzigartige Herausforderung ist, eine qualitativ hochwertige politische Bildung zu vermitteln, insbesondere weil die Schüler schulisches Lernen mit praktischer Arbeit verbinden müssen.

In Tabelle 2 sind die Berufsschultypen aufgeführt, auf die wir uns in jedem der untersuchten Länder konzentriert haben. Außerdem haben wir Antworten auf die zu Beginn dieses Kapitels gestellten Fragen gegeben. Diese Antworten basieren auf einer von uns durchgeführten Analyse der beruflichen Bildung auf der ISCED-3-Ebene, wobei eine detaillierte Beschreibung für jedes der aufgeführten Länder im [Anhang](#) zu finden ist.

Bevor wir uns dem Thema der politischen Bildung zuwenden, stellen wir fest, dass es in den untersuchten Ländern Ähnlichkeiten in der Organisation der beruflichen Bildung auf der ISCED-3-Ebene gibt. Wir heben die folgenden Erkenntnisse hervor. Erstens beginnt die berufliche Bildung auf der ISCED-Stufe 3 in den meisten der untersuchten Länder im neunten Schuljahr, mit Ausnahme von Norwegen und England, wo sie im elften Schuljahr beginnt. Zweitens liegt die Dauer dieser Art von Ausbildung zwischen 2 und 4 Jahren, abgesehen von einigen Programmen in Italien, die fünf Jahre dauern. Die meisten Programme dauern jedoch drei Jahre, was bedeutet, dass die Jugendlichen in den meisten Ländern ihre Ausbildung abschließen und im Alter von etwa 17 Jahren in den Arbeitsmarkt eintreten. Drittens wird die berufliche Bildung in den meisten Ländern als weniger wertvoll angesehen als die allgemeine Sekundarschulbildung, die auf ein weiteres Studium vorbereitet. Dennoch ist die berufliche Bildung für einen Teil der Schüler attraktiv, insbesondere für diejenigen, die so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt eintreten wollen. Dies wird durch den prozentualen Anteil der Schüler, die diese Art von Schulen besuchen, belegt. Mit Ausnahme von Italien und Rumänien, wo dieser Anteil etwas geringer ist, liegt er zwischen 30 und 50 % der Gesamtzahl der Schüler. Viertens: In den meisten der von uns untersuchten Schulen verbringen die Schüler den Großteil ihrer

Tabelle 2: Berufsbildende Schulen der Sekundarstufe II

	Name der Originalsprache	Dauer (Jahre der Schulbildung)	% der Schüler, die diese Art von Schule besuchen	Verhältnis zwischen schulischem und praktischem Lernen	Verhältnis zwischen allgemeinen und beruflichen Inhalten
Österreich	<i>Berufsschule</i>	2/3/4 (9.-10./11./12.)	40	40 : 60	30 : 70
Kroatien	<i>Strukovna škola</i>	3 (9.-11.)	35	45 : 55	30 : 70
England	<i>Further Education College</i>	2/3 (11.-12./13.)	35	45 : 55	25 : 75
Deutschland	<i>Berufsschule</i>	2/3 (9.-10./11.)	30	40 : 60	40 : 60
Italien	<i>Istituto Professionale</i>	3/5 (9.-11./9.-13.)	20	60 : 40	30 : 70
Norwegen	<i>Yrkesfaglig videregående skole</i>	4 (2+2) (11.-14.)	50	80-20 (1-2) 10-90 (3-4)	40 : 60 (1-2) 0-100 (3-4)
Rumänien	<i>Școală Profesională</i>	3 (9.-11.)	20	30 : 70	40 : 60

Quellen: CEDEFOP & ReferNet 2024; Education Policy Institute, 2023; Danter, 2024; Eurydice, 2024; Janmat, 2024; Machell, 2024; Mampel, 2024; Moorse, 2024; OECD, 2024; Pigozzo, 2024; Schmid, 2024; Tamang, 2024; Tuttolomondo, 2024.

Zeit mit praktischer Arbeit und weniger mit schulischem Unterricht. Während der Schulzeit konzentriert sich die Ausbildung in erster Linie auf berufliche Inhalte und nur zu einem geringen Teil auf allgemeinbildende Fächer, die zwischen 25 und 40 Prozent der Gesamtzeit ausmachen. Fünftens konzentrieren sich die Reformen der beruflichen Bildung in den meisten Ländern auf zwei Arten von Veränderungen: eine stärkere Einbeziehung der Arbeitgeber in die Gestaltung der Lehrpläne und die Ausweitung der Ausbildungsmöglichkeiten sowie die Modernisierung der Lehrpläne, um mit dem technologischen Fortschritt Schritt zu halten und mehr digitale Fähigkeiten in die beruflichen Programme zu integrieren.

## POLITISCHE BILDUNG IN BERUFSSCHULEN

Der Inhalt des vorangegangenen Kapitels zeigt, dass die Implementierung von politischer Bildung in Berufsschulen sowohl höchst notwendig als auch sehr anspruchsvoll ist. Die Umsetzung ist in hohem Maße notwendig, weil, wie wir gezeigt haben, eine beträchtliche Anzahl von Schülern die Berufsschule besucht, die im Wesentlichen das Ende ihrer formalen Ausbildung markiert. Für die meisten dieser Schüler ist dies tatsächlich die letzte Gelegenheit, systematisch das Wissen, die Einstellungen und die Fähigkeiten zu erwerben und zu entwickeln, die für das Leben in einem demokratischen politischen System erforderlich sind. Dieser Zeitraum zwischen dem 15. und 17. Lebensjahr könnte als prägende Jahre angesehen werden, in denen sie ihre politische Identität ausbilden. Aus der Perspektive der liberalen Demokratie und der demokratischen politischen Kultur ist es daher von entscheidender Bedeutung, dass diese jungen Menschen die bestmögliche staatsbürgerliche Bildung erhalten. Gleichzeitig ist die Umsetzung in Berufsschulen aus den im vorherigen Kapitel beschriebenen Gründen eine besondere Herausforderung. Die meiste Zeit in diesen Schulen verbringen die Schüler nämlich mit praktischer Arbeit im Zusammenhang mit ihrem künftigen Beruf. Darüber hinaus wird ein Teil der Unterrichtszeit den beruflichen Fächern gewidmet und nur ein kleiner Teil den allgemeinbildenden Fächern, zu denen auch die staatsbürgerliche Bildung gehört. Wie können wir sicherstellen, dass diese Schüler unter diesen Bedingungen eine hochwertige politische Bildung erhalten?

In diesem Kapitel befassen wir uns daher mit dem aktuellen Stand der politischen Bildung an Berufsschulen in den untersuchten Ländern. Wir werden versuchen, Fragen nach dem Vorhandensein, dem Umfang und der Positionierung von politischer Bildung in Berufsschulen zu beantworten. Wir interessieren uns für die Ziele und Lernergebnisse sowie für die Modelle der Vermittlung und Umsetzung von politischer Bildung. Darüber hinaus interessieren wir uns für die Kompetenzen der Lehrkräfte, die für die Vermittlung von politischer Bildung verantwortlich sind.

Bevor wir uns auf die berufsbildenden Schulen der ISCED-Stufe 3 konzentrieren, werden wir kurz den Stand der politischen Bildung in den von der Analyse erfassten Ländern auf der Primar- und unteren Sekundarstufe darstellen. Diese Analyse ist wichtig, weil sie die Modelle und Hauptthemen der politischen Bildung aufzeigt, denen die Schüler ausgesetzt waren, bevor sie die Berufsschulen besuchten. Tabelle 3 gibt einen Überblick über den Stand der Dinge.

Die Daten in der Tabelle weisen auf gewisse Ähnlichkeiten zwischen den untersuchten Ländern hin, aber auch auf bemerkenswerte Unterschiede. In allen Ländern gibt es zwei Modelle der politischen Bildung - ein fächerübergreifendes und ein separates Fach -, aber die Länder kombinieren sie auf unterschiedliche Weise. In Kroatien gibt es in den ersten acht Schuljahren nur das fächerübergreifende Modell. Am anderen Ende des Kontinuums steht Norwegen, das das fächerübergreifende Modell mit einem separaten Fach für politische Bildung in allen Jahren der Primar- und Sekundarstufe I kombiniert. Auch Österreich kombiniert die beiden Modelle, wobei der fächerübergreifende Ansatz in allen Jahren der Primar- und Sekundarstufe I verfolgt wird, während ein separates Fach im sechsten Schuljahr beginnt. Italien und Rumänien sind Länder, die das fächerübergreifende Modell in den unteren Klassenstufen anwenden, aber in den höheren Klassenstufen zu einem separaten Fach wechseln. England hingegen hat in der Primarstufe keine politische Bildung eingeführt, während es in der Sekundarstufe I ein eigenes Fach gibt. Hinsichtlich der Themen gibt es Unterschiede zwischen den Ländern, wobei die häufigsten Themen "Demokratie", "Menschenrechte", "die Europäische Union" und "Regierung" sind.

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf den Stand der politischen Bildung in den Berufsschulen und stellen in diesem Abschnitt die Daten für jedes Land einzeln vor, während wir im folgenden Kapitel die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Ländern herausstellen.

Tabelle 3: Politische Bildung auf der Ebene der Primar- und der unteren Sekundarstufe

	Modell (Klasse)	Wichtigste Themen
Österreich	Fächerübergreifend (1.-4.)	Menschenrechte; Gemeinschaft; Regeln
	Fächerübergreifend (5.-8.) Geschichte, Sozialkunde und staatsbürgerliche Erziehung (6.-8.)	Demokratie; Politisches System Österreichs; Wahlen und Abstimmungen; Medien und politische Partizipation; Strukturen der Europäischen Union
Kroatien	Fächerübergreifend (1.-4.)	Menschenrechte; Demokratie; Beteiligung der Gemeinschaft
	Fächerübergreifend (5.-8.)	Menschenrechte; Demokratie; Beteiligung der Gemeinschaft
England	-	-
	Staatsbürgerschaft (7.-9.)	Soziale und moralische Verantwortung; Engagement für die Gemeinschaft; Politische Bildung
Deutschland	Fächerübergreifend (1.-4.)	Gesellschaft; Umwelt; Technologie
	Fächerübergreifend (5.-9.) Sozialkunde (7.-9.)	Deutsches politisches System; Verfassung; Europäische Union; Internationale Gemeinschaft
Italien	Fächerübergreifend (1.-5.)	Italienische Verfassung; Nachhaltigkeit; Digitale Bürgerschaft
	Politische Bildung (6.-8.)	Italienische Verfassung; Nachhaltigkeit; Digitale Bürgerschaft
Norwegen	Fächerübergreifend (1.-7.) Sozialkunde (1.-7.)	Demokratie; Soziale Interaktion; Gegenseitiger Respekt
	Fächerübergreifend (8.-10.) Sozialkunde (8.-10.)	Norwegische Demokratie; Die Funktionsweise der Regierung; Aktive Bürgerschaft; Menschenrechte
Rumänien	Fächerübergreifend (1.-2.) Politische Bildung (3.-4.)	Gemeinschaft; Demokratie; Regeln
	Sozialerziehung (5.-8.)	Politisches System Rumäniens; Europäische Union; Rechte und Pflichten der Bürger; Toleranz und Vielfalt

Quellen: Baketa, 2024; Danter, 2024; Eurydice Report, 2017a; Eurydice Report, 2017b; Janmaat, 2024; Machell, 2024; Mempel, 2024; Moore, 2024; Pigozzo, 2024; Schmid-Heher, 2024; Tamang, 2024; Tuttolomondo, 2024; Vasile, 2024

## 5.1.

# Österreich

In Österreich konzentrieren wir uns auf die *Berufsschulen*, die die Schüler ab dem neunten Schuljahr besuchen. Österreich ist insofern einzigartig, als es 2007 als erstes Land in der Europäischen Union das Wahlalter für alle Arten von Wahlen und Volksabstimmungen von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt hat. Diese Entscheidung wurde von Reformen in der politischen Bildung begleitet, die ihre Präsenz in der unteren Sekundarstufe durch die Verlängerung des Pflichtfachs *Geschichte, Sozialkunde und Staatsbürgerkunde* von einem auf drei Schuljahre verstärkte. Seit 2008 wird die politische Bildung in Österreich, wie in Tabelle 3 dargestellt, als Kombination eines fächerübergreifenden Modells während der ersten acht Schuljahre und als separates Unterrichtsfach von der sechsten bis zur achten Klasse durchgeführt.

Für die vorliegende Studie ist es wichtig festzustellen, dass das genannte Fach weiterhin in der Sekundarstufe II unterrichtet wird, wo es nicht nur in den allgemeinbildenden Schulen, sondern auch in den berufsbildenden Schulen, die hier im Vordergrund stehen, verpflichtend ist (Danter, 2024; Schmid-Heher, 2024). In diesen Schulen gehört die politische Bildung neben Mutter- und Fremdsprachen und wirtschaftlichen Grundkenntnissen zu den so genannten allgemeinbildenden Inhalten. Der Lehrplan für die politische Bildung ist für alle berufsbildenden Schultypen identisch und wird

über zwei Schuljahre hinweg mit einer Stunde Unterricht pro Woche erteilt, was insgesamt 80 Stunden politische Bildung während der Schulzeit ausmacht. Die politische Bildung in Österreichs Berufsschulen hat drei Schwerpunkte. Der erste Bereich heißt "Lernen und Arbeiten" und umfasst die rechtlichen Grundlagen der Lehrlingsausbildung, die Rechte und Pflichten der Lehrlinge am Arbeitsplatz sowie die Gewerkschaften und andere Sozialpartner. Der zweite Bereich heißt "Leben in der Gesellschaft" und behandelt Themen wie Vorurteile und Stereotypen, Diskriminierung sowie Strategien zur Auseinandersetzung mit diesen gesellschaftlichen Strukturen und zur Reflexion darüber. Er umfasst auch Diskussionen über Gesundheit, Umwelt und Verkehrssicherheit. Der dritte Bereich "Teilhabe an der Gesellschaft und Beitrag zur Demokratie" befasst sich vor allem mit den politischen Systemen der Europäischen Union und Österreichs sowie mit der Demokratie im Allgemeinen.

Die Analyse (Danter, 2024; Schmid-Heher, 2024) der Umsetzung von politischer Bildung in berufsbildenden Schulen in Österreich legt mehrere zentrale Herausforderungen nahe. Die erste Herausforderung ergibt sich aus der begrenzten Zeit, die in Berufsschulen für allgemeinbildende Inhalte zur Verfügung steht. Die SchülerInnen verbringen zwischen 25 und 30 % ihrer Zeit in der Schule, der Rest ist für die praktische Ausbildung vorgesehen. Darüber hinaus entfällt nur ein Drittel der für schulisches Lernen vorgesehenen Zeit auf allgemeinbildende Inhalte, und davon wiederum nur ein kleiner Teil auf die politische Bildung. Schmid-Heher (2024) schätzt, dass berufliche Schulen drei- bis viermal weniger Zeit für politische Bildung aufwenden als allgemeinbildende Schulen. Dies bedeutet, dass die politische Bildung als zweitrangig behandelt wird. Die zweite Herausforderung bezieht sich auf den Inhalt selbst. Schmid-Heher (2024) stellt fest, dass das derzeitige Programm seiner Meinung nach unzureichend politisch ist, da es sich mehr auf die Vermittlung einer gesellschaftlichen Grundorientierung als auf die Entwicklung politischer Kompetenzen konzentriert. Seiner Meinung nach enthält das aktuelle Curriculum immer noch Überbleibsel des eher konservativen Ansatzes aus den 1960er Jahren. Trotzdem ist er der Meinung, dass der Lehrplaninhalt nicht das Hauptproblem

der politischen Bildung in Berufsschulen ist, da er immer noch viele Möglichkeiten bietet, demokratische Kompetenzen zu fördern und die Beteiligung junger Menschen an der Politik zu unterstützen. Schmid-Heher (2024) sieht, wie auch andere Experten (Danter, 2024), die zentrale Herausforderung in der Frage der Lehrerkompetenzen. Er argumentiert, dass kompetente und motivierte Lehrerinnen und Lehrer für die erfolgreiche Umsetzung von politischer Bildung, insbesondere in Berufsschulen, wichtiger sind als der Lehrplan oder das Schulbuch. Schmid-Heher (2024) stellt fest:

"Und so kann der Unterricht in politischer Bildung manchmal sehr motivierend für die Schüler sein, und er kann wie ein Raum sein, der offen für Diskussionen ist ... Aber er kann auch ziemlich langweilig sein. Das hängt von der Qualifikation des Lehrers ab, denn gerade die politische Bildung wird oft von Lehrern unterrichtet, die nicht über eine entsprechende Ausbildung verfügen. Und diese Lehrer halten sich natürlich eher an die Schulbücher und den Lehrplan und haben wahrscheinlich Angst vor einer offenen Diskussion, weil sie sich vielleicht mit kontroversen Meinungen auseinandersetzen müssen und dann wahrscheinlich nicht einmal wissen, wie sie richtig reagieren sollen, wenn sie sich zum Beispiel mit gruppenbezogenen Feinden wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus auseinandersetzen müssen. Und dann nivellieren sie eher, würde ich sagen, die politische Bildung zu einer bloßen Belehrung und stellen eher zum Beispiel die Gesetze in den Mittelpunkt und dann das politische System...Es ist einfacher, das Schulbuch zu nehmen und die Rechte und Pflichten eines Lehrlings zu erklären, als zu hinterfragen, ob das so ist, wie es ist, oder ob da Veränderungen notwendig sind und welche Rolle die Gewerkschaften spielen könnten und welche Möglichkeiten ein Lehrling hat, um seine Rechte in einer Situation am Arbeitsplatz tatsächlich zu bekommen."

Schmid-Heher (2024) sieht daher den Schlüssel zur Verbesserung der politischen Bildung an Berufsschulen in Österreich in der Verbesserung der Qualität der Lehrerbildung. Ihm zufolge sind besser ausgebildete LehrerInnen essentiell, um die politische Bildung voranzutreiben und ihre effektive Umsetzung in Berufsschulen zu gewährleisten.

Politische Bildung wird in den Berufsschulen in Kroatien formal als Kombination aus einem fächerübergreifenden Modell und einem separaten Fach umgesetzt. Der Lehrplan für politische Bildung als fächerübergreifendes Thema wurde 2019 vom Bildungsministerium verabschiedet (Ministarstvo znanosti i obrazovanja RH, 2019). Nach diesem Lehrplan sollen staatsbürgerliche Themen in alle bestehenden Schulfächer integriert werden. Der Lehrplan gliedert sich in drei Hauptbereiche - Demokratie, Menschenrechte und aktive Beteiligung an der Gemeinschaft -, wobei die Inhalte und die Erwartungen an die Schüler je nach Bildungsniveau variieren. In den dreijährigen Berufsschulen werden im Bereich der Demokratie Themen wie Macht, Autorität, Wahlen, Merkmale demokratischer und nicht-demokratischer Regime, die Organisation der Regierung in Kroatien und

die Institutionen der Europäischen Union behandelt. Im Bereich der Menschenrechte werden vor allem die nationalen und internationalen Instrumente zum Schutz der Menschenrechte, die Rechte der nationalen Minderheiten und das System zum Schutz der Menschenrechte in Kroatien behandelt. Im Bereich der aktiven Beteiligung am Gemeinwesen erforschen die Studierenden Themen wie lokale Gemeinschaftsprojekte, die Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, Freiwilligenarbeit und vieles mehr.

Der zweite Teil der politischen Bildung in den dreijährigen Berufsschulen wird in einem separaten Fach mit der Bezeichnung *Politik und Wirtschaft* vermittelt, das im zweiten Ausbildungsjahr zwei Stunden pro Woche unterrichtet wird und insgesamt etwa 70 Stunden pro Jahr umfasst (Ministarstvo prosvjete i športa RH, 1996). Wie der Name schon sagt, kombiniert dieses Fach den Unterricht über politische und wirtschaftliche Phänomene. Zu den primären Zielen des Faches Politik gehören der Erwerb von Kenntnissen über das Phänomen Politik, die politischen Institutionen und die politischen Prozesse sowie die Förderung der politischen Kultur zur aktiven Teilnahme am politischen System, einschließlich der Ausübung und Kontrolle der staatlichen Macht. Das Fach umfasst 17 Unterrichtseinheiten mit Bezug zur Politik und 16 Einheiten mit Schwerpunkt auf der Wirtschaft. In den Unterrichtseinheiten zur Politik geht es vor allem um die verfassungspolitische Struktur Kroatiens mit Themen wie Staat, Parlament und Parlamentarismus, Wahlen, politische Parteien usw.

Die obigen Ausführungen deuten darauf hin, dass der Stand der politischen Bildung in den Berufsschulen in Kroatien vergleichsweise nicht ungünstig ist. Zahlreiche Experten (Šalaj, 2014; Baketa, 2024) weisen jedoch auf erhebliche Probleme und Mängel bei der Umsetzung von politischer Bildung in Schulen hin, sowohl allgemein als auch speziell in Berufsschulen. Die Anwendung des fächerübergreifenden Modells steht vor zwei großen Herausforderungen. Erstens haben die Lehrkräfte der einzelnen Fächer oft nicht genügend Zeit, um sich systematisch mit Themen der politischen Bildung zu befassen, da sie in erster Linie die Ziele ihrer jeweiligen Fächer erfüllen müssen. Zweitens fühlen sich einige

Lehrkräfte nicht ausreichend kompetent, um Themen im Zusammenhang mit Menschenrechten, Demokratie und aktiver Bürgerbeteiligung zu unterrichten, was sie dazu veranlasst, diese Themen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die Situation im Fach *Politik und Wirtschaft* ist ebenfalls sehr unsicher. Zum Zeitpunkt dieser Studie laufen in Kroatien öffentliche und fachliche Debatten über neue Lehrpläne für alle Berufsschulen, einschließlich der hier besonders interessierenden dreijährigen Programme. Die vorgeschlagenen neuen Lehrpläne wurden von der für die berufliche Bildung zuständigen nationalen Agentur (Agentur für berufliche Bildung und Erwachsenenbildung) entwickelt und zielen in erster Linie auf die Stärkung der beruflichen Komponente ab. Diese neuen Lehrpläne wurden von Arbeitgebern und Berufsverbänden initiiert, die darauf bestanden, die für die einzelnen Berufe erforderlichen spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten hervorzuheben, die auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes abgestimmt sind. In der Praxis bedeutet dies, dass weniger Zeit für allgemeinbildende Inhalte zur Verfügung steht, dafür aber mehr Zeit für berufliche Inhalte und die praktische Ausbildung der Schüler. Konkret wird vorgeschlagen, das Fach *Politik und Wirtschaft* vollständig aus dem verpflichtenden allgemeinbildenden Unterricht an Berufsschulen zu streichen und es nur noch als fakultatives, modulares Fach zuzulassen, über dessen Einführung die Schulleiter entscheiden können. Insbesondere enthalten die Vorschläge keine Kriterien, an denen sich die Schulleiter bei der Auswahl der Wahlmodule orientieren können. Diese Vorschläge haben zahlreiche negative Reaktionen von Experten, Lehrern und Nichtregierungsorganisationen hervorgerufen, die argumentieren, dass Schüler in dreijährigen Berufsausbildungsprogrammen besondere Aufmerksamkeit bei der Entwicklung politischer Kompetenz und demokratischer politischer Kultur benötigen. Sollten die vorgeschlagenen Lehrpläne angenommen werden, würde dies bedeuten, dass die Idee der Förderung einer demokratischen politischen Kultur unter den Schülern der dreijährigen Berufsschulen in Kroatien vollständig aufgegeben wird und die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt das einzige Ziel dieser Schulen bleibt.

### 5.3.

## England

England ist ein Land, das in der akademischen Literatur (z. B. Šalaj 2005) häufig als führendes Beispiel für die Stärkung der staatsbürgerlichen Erziehung in Schulen hervorgehoben wird. Seit dem Schuljahr 2002/2003 haben alle englischen Schulen der unteren Sekundarstufe, von Klasse 7 bis Klasse 9, ein neues Schulfach namens *Citizenship* eingeführt. Zuvor wurde die politische Bildung als fächerübergreifendes Thema behandelt. Das neue Fach *Staatsbürgerkunde* wurde als Pflichtfach in den nationalen Lehrplan aufgenommen und nimmt etwa 5 % der gesamten Lehrplanzeit ein. Das Konzept der politischen Bildung basiert auf drei Hauptdimensionen: soziale und moralische Verantwortung, Engagement für die Gemeinschaft und politische Bildung.

Diese Beschreibung gilt jedoch nur für die Sekundarstufe I, während die Situation in der Sekundarstufe II völlig anders ist. Auf dieser Ebene ist weder in den Berufsschulen, auf die wir uns hier konzentrieren, noch in den akademischen Schulen die politische Bildung ein obligatorischer Teil des Lehrplans. Mit anderen Worten, englische Schüler der Sekundarstufe II, einschließlich der Schüler an Berufsschulen, haben nicht die Möglichkeit, sich systematisch mit politischer Bildung zu befassen.

Eine solche Situation, das völlige Fehlen von politischer Bildung, wird von Experten (Janmaat, 2018; 2024; Moorse, 2024) als höchst problematisch und besorgniserregend angesehen. Janmaat hebt hervor, dass dieser Zustand weitgehend auf die vorherrschende Haltung der Bildungsbehörden zurückzuführen ist, dass sich die berufliche Bildung auf die Fähigkeiten konzentrieren muss, die erforderlich sind, um einen bestimmten Job sehr gut auszuführen, und dass andere Komponenten, die einen aktiveren, vielseitigeren Bürger fördern könnten, kaum berücksichtigt werden. Dies fügt sich in den breiteren Kontext der hochspezialisierten Ausbildung in England ein. Experten kritisieren diese Situation und plädieren für die Einführung von politischer Bildung in Berufsschulen, wie Janmaat (2024) feststellt:

*„Ich denke, dass die politische Bildung in die Berufsausbildung aufgenommen werden muss. Sie sollte die gleiche sein, die auch in der akademischen Ausbildung vermittelt wird. Interessanterweise ist in England beides nicht der Fall. Weder in der beruflichen noch in*

*der akademischen Ausbildung gibt es politische Bildung, und selbst diejenigen, die eine akademische Ausbildung absolvieren, belegen möglicherweise keine Fächer, die auch nur im Entferntesten mit politischer Bildung zu tun haben. Meine Empfehlung wäre also, in beiden Bildungsgängen einen Pflichtkurs in politischer Bildung einzurichten. Interessant ist auch, dass ich denke, dass dies speziell für die Berufsschulen notwendig ist, da in den Berufsschulen eher junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen rekrutiert werden.“*

Moorse (2024) weist auch darauf hin, dass das Fehlen von politischer Bildung in der Sekundarstufe II ein wesentliches Problem für die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur in England darstellt. Sie ist der Ansicht, dass politische Bildung auf dieser Stufe als separates Fach angeboten werden sollte. Darüber hinaus unterstreicht sie die Bedeutung der Lehrerbildung und betont, dass politische Bildung in Schulen von Lehrern unterrichtet werden muss, die eine spezielle Ausbildung in politischer Bildung absolviert haben.

#### 5.4.

## Deutschland

Deutschland ist ein Land, das aufgrund seiner politischen Geschichte und seiner Erfahrungen unter dem totalitären Regime des Nationalsozialismus besonderen Wert auf Bildungsprozesse legt, die auf die Förderung einer demokratischen politischen Kultur abzielen. Der deutsche Begriff für politische Bildung lautet "politische Bildung", was wörtlich übersetzt "politische Erziehung" bedeutet, aber auch als politische Bildung verstanden wird. Die Bedeutung, die diesem Bereich in Deutschland beigemessen wird, zeigt sich darin, dass es öffentliche Einrichtungen gibt, die sich ausschließlich mit der politischen oder staatsbürgerlichen Bildung der Bürger befassen. Auf Bundesebene gibt es die *Bundeszentrale für politische Bildung*, auf Landesebene die *Landeszentrale für politische Bildung*.

Politische Bildung ist in Deutschland auf allen Ebenen des Bildungssystems präsent und basiert auf dem "Beutelsbacher Konsens" von 1976 (Wieland, 2019), der nach wie vor das Verständnis von politischer Bildung in Deutschland prägt. Die drei Grundprinzipien dieses Konsenses lauten wie folgt: 1) das Überwältigungs- und Indoktrinationsverbot, bei dem die Lehrkräfte den Schülerinnen und Schülern nicht ihre Meinung aufzwingen, sondern sie in die Lage versetzen sollen, sich eine eigene Meinung zu bilden; 2) das Kontroversitätsgebot, das sicherstellt, dass kontroverse Themen in Wissenschaft und Politik im Unterricht auch als solche dargestellt werden; und 3) das Prinzip der Urteilskompetenz, das die Schülerinnen und Schüler dazu ermutigt, ihre Interessen

während des gesamten Lernprozesses eigenständig zu vertreten.

In den Berufsschulen, auf die wir uns hier in erster Linie konzentrieren, ist die politische Bildung als fächerübergreifendes Thema integriert, obwohl sie in erster Linie als separates Pflichtfach namens *Sozialkunde* unterrichtet wird. Dieses Fach ist Teil des allgemeinen Lehrplans für alle beruflichen Fachrichtungen und wird in den drei Ausbildungsjahren 40 Stunden pro Jahr, etwa eine Stunde pro Woche, unterrichtet (Besand, 2014; Machell, 2024). Der Lehrplan umfasst sechs Hauptthemen in den drei Schuljahren. Das erste Thema ist Demokratie, das Diskussionen über Demokratie, historische Prozesse des 20. Jahrhunderts, Grundlagen des demokratischen Staates und Menschenrechte umfasst. Jahrhundert, die Grundlagen des demokratischen Staates und die Menschenrechte. Das zweite Thema ist die Globalisierung, das dritte die internationalen Beziehungen und die Europäische Union, das vierte der Frieden und das fünfte die neuen Technologien. Das sechste Thema mit dem Titel "Ich-Du-Wir-Beziehungen" befasst sich mit verschiedenen Formen der sozialen Interaktion und des Zusammenlebens.

Obwohl Deutschland der politischen Bildung junger Menschen einen hohen Stellenwert einräumt, sind sich die Experten im Allgemeinen einig, dass die politische Bildung in Berufsschulen vor mehreren ernsthaften Herausforderungen steht, von denen zwei hier hervorgehoben werden. Besand (2014) nennt die Marginalisierung als ein zentrales Problem bei der Umsetzung von politischer Bildung in Berufsschulen. Politische Bildung wird oft als weniger wichtig angesehen als andere Fächer und wird zu Randstunden angesetzt. Die meisten Lehrkräfte und Schüler in den Berufsschulen konzentrieren sich darauf, die zentralen Prüfungsanforderungen der Industrie- und Handelskammer zu erfüllen. Die Vorbereitung auf diese Prüfungen hat häufig Vorrang, so dass wirtschaftliches und rechtliches Wissen stärker gewichtet wird als staatsbürgerliche Bildung. Folglich konzentrieren sich die Lehrer eher auf die Prüfungsanforderungen als auf die staatlichen Lehrpläne. Infolgedessen werden Abschlussprüfungen, bei denen wirtschaftliche und rechtliche Themen Vorrang vor sozialen Fragen haben,

zum inoffiziellen Lehrplan, wodurch der Schwerpunkt auf politischer Bildung und partizipativen Ansätzen verringert wird (Besand, 2014). In diesem Zusammenhang nehmen die Schüler die politische Bildung möglicherweise nicht als relevant für ihre berufliche Zukunft wahr. In einigen berufsbildenden Studiengängen wirkt sich *Sozialkunde* nicht einmal auf die Endnote aus, was zu einer weiteren Marginalisierung des Fachs führt, da die Stunden nach Belieben von Lehrern oder Schülern umverteilt werden können.

Eine weitere Herausforderung liegt in den unzureichend entwickelten Kompetenzen der Lehrkräfte, die an Berufsschulen politische Bildung vermitteln. Idealerweise würden Sozialkundelehrer an Berufsschulen ein spezielles Studienprogramm absolvieren, das sie auf den Unterricht in politischer Bildung vorbereitet. Aufgrund des Lehrermangels, insbesondere an Berufsschulen, wird der Unterricht in politischer Bildung jedoch häufig von Lehrkräften erteilt, die dieses Fach nie studiert haben oder die sich auf den Unterricht in einer anderen Schulform vorbereitet haben, was zu einer unzureichenden Vorbereitung führt (Besand, 2014). Aufgrund des Mangels an spezialisierten Fachkräften wird die nicht-formale Bildung unverzichtbar. Externe Experten, die auf ihrem Gebiet geschult sind, können neben dem Kernlehrplan projektbasierten Unterricht erteilen, nehmen aber in der Regel nur für kurze Zeit am Unterricht teil. Außerdem werden in Berufsschulen externe Bürgerrechtsorganisationen oder andere Akteure der politischen Bildung seltener eingeladen als in allgemeinbildenden Schulen (Machell, 2024). Als wichtigsten Bedarf heben die Experten die Bedeutung einer kontinuierlichen Verbesserung der Lehreraus- und -weiterbildung hervor. Die Lehrkräfte müssen in die Lage versetzt werden, sich mit den jüngsten sozialen und politischen Prozessen auseinanderzusetzen, insbesondere angesichts des zunehmenden Einflusses extremistischer politischer Gruppierungen, die darauf abzielen, die staatsbürgerliche Bildung in den Schulen zu minimieren. Unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Bestimmungen zur Meinungsfreiheit müssen die Lehrer auch darin geschult werden, antidemokratische Äußerungen wirksam zu bekämpfen.

## 5.5.

### Italien

Die Reform der politischen Bildung wurde in Italien 2019 eingeleitet und umfasste das gesamte Bildungssystem, von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II. In diesem Abschnitt konzentrieren wir uns auf den Status der politischen Bildung in Berufsschulen (*Istituto Professionale*). Es ist jedoch anzumerken, dass die Umsetzungsmodelle und der Inhalt der politischen Bildung in allen Schultypen der Sekundarstufe II identisch sind (Pigozzo, 2024; Tuttolomondo, 2024).

Die genannte Reform wurde ab dem Schuljahr 2020/2021 umgesetzt, als die politische Bildung in allen Schulen als fächerübergreifendes Pflichtfach eingeführt wurde. Die Leitlinien für die politische Bildung enthalten Themen, die mit den Schülern behandelt oder diskutiert werden sollten, aber es liegt an den Schulen und Lehrern zu entscheiden, wie sie dies tun. Die Inhalte der politischen Bildung beziehen sich auf drei Hauptbereiche: die italienische Verfassung (nationales und internationales Recht, die Organisation des Staates und der regionalen und lokalen Behörden usw.), die nachhaltige Entwicklung (Schutz der Umwelt und des kulturellen Erbes, Gesundheitserziehung, Respekt vor Tieren usw.) und die digitale Bürgerschaft (verantwortungsvolle Nutzung von Technologien, Risikobewusstsein, Ansätze zur Nutzung von Technologien). Für die politische Bildung sind mindestens 33 Stunden pro Jahr vorgesehen, und der Unterricht muss andere Lehrplanfächer einbeziehen, ohne dass sich die Gesamtwochen- oder Jahresstundenzahl erhöht. Am Ende eines jeden Schuljahres legen die Schüler Prüfungen ab, um zu zeigen, wie gut sie die staatsbürgerlichen Grundsätze verstanden haben. Dadurch wird sichergestellt, dass sie Konzepte wie Staatsbürgerschaft, lokale Entwicklung und digitale Kompetenzen verstehen und in realen Situationen anwenden können.

Die meisten Experten in Italien halten den neuen Lehrplan für politische Bildung für einen positiven Schritt nach vorn im Vergleich zur vorherigen Periode, obwohl sie immer noch auf bestimmte Herausforderungen hinweisen. So argumentiert Pigozzo (2024), dass der neue Lehrplan für politische Bildung immer noch weitgehend von einem juristischen Ansatz zur Staatsbürgerschaft durchdrungen ist. Ein solcher juristischer Ansatz der politischen Bildung gilt als konservativ, da Pigozzo die politische Dimension, die das Verständnis von politischen Machtkämpfen, politischer Macht und Machtdynamik umfasst, als einen entscheidenden Aspekt der Staatsbürgerschaft betrachtet. Nach Ansicht des Autors fehlt jedoch genau dieser Teil im neuen Lehrplan für staatsbürgerliche Bildung. Derselbe Autor weist auf ein weiteres, allgemeineres Problem im Zusammenhang mit der politischen Bildung in Italien hin, das auch für andere Länder gelten könnte. Pigozzo (2024) ist nämlich der Ansicht, dass die Verbesserung der politischen Bildung ein stärkeres methodisches Bewusstsein dafür erfordert, was politische Bildung bedeutet, was die Ziele des politischen Lernens im Hinblick auf Fähigkeiten und Kompetenzen sind, welches die besten didaktischen Ansätze sind, usw. Es erfordert auch ein Nachdenken über die Struktur und Funktionsweise des Schulsystems selbst, denn es gibt bestimmte Schlüsselaspekte der Funktionsweise des Schulsystems, die den versteckten Lehrplan der politischen Bildung bilden. Da politische Bildung ein allgemeines Ziel des gesamten Lehrplans ist, geht es nicht nur darum, ein Fach innerhalb des Lehrplans zu haben. Das bedeutet, dass man, wenn man etwas ändern will, auch strukturelle Änderungen am System in Betracht ziehen muss. Dazu gehören strukturelle Veränderungen bei der Ausbildung von Lehrern, bei der Einstellung von Lehrern, beim sozialen Status dieses Berufs, bei der Bezahlung und so weiter.

Tuttolomondo (2024) hebt die Frage der Lehrerausbildung hervor und weist darauf hin, dass eine beträchtliche Anzahl von Lehrern nicht für die Vermittlung von politischer Bildung qualifiziert ist. Derzeit gibt es keine spezifische Ausbildung, die den Lehrern nützliche Leitlinien in dieser Hinsicht vermittelt. Infolgedessen ist es für die Lehrer etwas schwierig, die Bedeutung

oder den Wert der Vermittlung von politischer Bildung im Rahmen der beruflichen Bildung zu begreifen. Da die Lehrpläne der Schulen in der Regel vollgepackt sind, ist es bereits eine Herausforderung, Themen zu behandeln, die direkt mit dem Unterricht zusammenhängen. Diese Situation kann Lehrer überfordern, wenn sie versuchen, ein effektives Programm für den Unterricht in politischer Bildung zu entwickeln.

Die Experten begrüßen auch die Tatsache, dass die politische Bildung in allen Schularten der Sekundarstufe II in der gleichen Form präsent ist. Sie geben jedoch zu bedenken, dass es Unterschiede zwischen berufsbildenden Schulen und allgemeinbildenden Schulen gibt. Diese Unterschiede betreffen die anderen Fächer, die den Lehrplan ausmachen und in denen die politische Bildung ebenfalls umgesetzt wird, wie Geschichte, Italienisch, Fremdsprachen usw. Diese Fächer sind in den Berufsschulen stärker eingeschränkt, nicht nur in Bezug auf die ihnen zugewiesene Zeit, sondern auch in Bezug auf ihre von den Schülern wahrgenommene Bedeutung.

Schließlich ist anzumerken, dass sich Italien zum Zeitpunkt der Durchführung dieser Studie in einem Prozess der Berufsbildungsreform befand, der teilweise durch die Herausforderungen der Pandemiekrise angetrieben wurde (Pigozzo, 2024). Diese Reform, die durch europäische Finanzmittel zur Überwindung der Krise vorangetrieben wurde, ist Teil einer umfassenderen Umstrukturierung der bürokratischen Systeme des Staates. Als Hauptempfänger der europäischen Finanzhilfen musste Italien mehrere Bereiche reformieren, darunter auch die Berufsbildung. Mit der Reform werden drei Hauptziele verfolgt. Erstens soll die Zahl der Schüler, die sich für einen beruflichen Werdegang entscheiden, erhöht werden. Zweitens soll die Verbindung zwischen der Sekundarschulbildung und dem Arbeitsmarkt gestärkt werden. Schließlich zielt die Reform darauf ab, technologische Fortschritte, wie künstliche Intelligenz und Digitalisierung, in das Berufsbildungssystem zu integrieren und sicherzustellen, dass es für moderne Entwicklungen relevant bleibt. Es stellt sich die Frage, ob diese Reformen die ohnehin schwache Position der politischen Bildung im Rahmen der beruflichen Bildung weiter schwächen werden.

## 5.6.

### Norwegen

Im Sekundarbereich II wird in Norwegen zwischen zwei grundlegenden Arten von Bildungsgängen unterschieden: allgemeinbildende Bildungsgänge, die drei Jahre dauern, und berufliche Bildungsgänge, die in der Regel vier Jahre dauern. Wir interessieren uns besonders für die berufsbildenden Schulen (*Yrkesfaglig videregående skole*), d. h. für die berufsbildenden Bildungsgänge, da die meisten Schulen der Sekundarstufe II in Norwegen kombinierte Schulen sind, d. h. sie bieten gleichzeitig allgemeinbildende und berufsbildende Bildungsgänge an. Für die Sekundarstufe II gibt es einen gemeinsamen nationalen Lehrplan, aber innerhalb dieses festgelegten Rahmens können Schulen und Lehrer die Umsetzung des Programms beeinflussen (Eriksen Grevle, 2022; Mempel, 2024; Tamang, 2024).

Die meisten Berufsausbildungen dauern vier Jahre und folgen dem so genannten "Zwei-plus-Zwei"-Modell, bei dem die Schüler die ersten beiden Jahre überwiegend in der Schule und die folgenden beiden Jahre hauptsächlich in der Praxis in Form von Lehrstellen und Praktika in Unternehmen verbringen. Der nationale Lehrplan bestimmt die Lehrinhalte, wobei alle Programme aus zwei Teilen bestehen: Der erste Teil ist allen Schulen gemeinsam (*Gemeinsame Kernfächer*), der zweite Teil hängt von der Art des Programms ab (*Kernlehrplanoptionen*). Eines der Pflichtfächer in allen Schulen der oberen Sekundarstufe ist das Fach *Sozialkunde*, in dem den Schülern staatsbürgerliche Bildung vermittelt wird. Inhalt und Umfang des Fachs sind in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen gleich, und das Fach wird über zwei Schuljahre mit insgesamt 84 Unterrichtsstunden unterrichtet.

Inhaltlich konzentriert sich das Fach auf das Verständnis der Demokratie, indem es sich mit der Beziehung zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft befasst, wobei das Hauptziel die Entwicklung des kritischen Denkens der Schüler ist. Die Schüler sollen die Gründe verstehen, warum ein demokratisches System besser ist als autokratische Alternativen, und die Machtverhältnisse in der norwegischen Gesellschaft analysieren. Darüber hinaus sollen sich die Schüler der Bedeutung ihrer eigenen aktiven Teilnahme an politischen Prozessen bewusst werden.

Experten weisen auf mehrere zentrale Herausforderungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der politischen Bildung in der Sekundarstufe II in Norwegen hin. Mempel (2024) nennt als Hauptproblem den Mangel an qualitativ hochwertiger wissenschaftlicher und professioneller Forschung zur Umsetzung von politischer Bildung in Berufsschulen, was dazu führt, dass es keine solide Diskussionsgrundlage gibt. Dies bezieht sich auf das Fehlen von Analysen, die sich mit den Problemen und Herausforderungen bei der Umsetzung befassen, sowie auf die begrenzte Anzahl von Studien über die politische Kompetenz von Berufsschülern. Derselbe Autor ist auch der Ansicht, dass Berufsschülern die Möglichkeiten und die Zeit für die direkte Anwendung der im Rahmen der politischen Bildung erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten fehlen, insbesondere in Schulen und lokalen Gemeinschaften, in denen die Beteiligung der Schüler keine hohe Priorität genießt.

Politische Bildung wird in Rumänien in der Primar- und der unteren Sekundarstufe durch eine Kombination aus einem fächerübergreifenden Modell und separaten Fächern vermittelt. Auf der oberen Sekundarstufe, einschließlich der Berufsschulen, die hier im Mittelpunkt des Interesses stehen, ist die Situation jedoch deutlich anders. In dieser Schulart ist die politische Bildung kein obligatorischer Teil des allgemeinen Bildungsinhalts, den alle Schüler besuchen müssen (Vasile, 2024). Politische Bildung kann von den Schülern an Berufsschulen nur dann gewählt werden, wenn die Schule beschließt, sie in ihr Bildungsangebot aufzunehmen. Ist dies der Fall, wird das Fach meist unter dem Namen *„Mensch und Gesellschaft“* eine Stunde pro Schulwoche unterrichtet. Wenn vorhanden, zielt die politische Bildung in Berufsschulen laut Lehrplan darauf ab, das Verständnis der Schüler für Demokratie, Politik, Zivilgesellschaft und ihre Rolle in einer Demokratie zu entwickeln. Zu den Lernaktivitäten im Rahmen der politischen Bildung in der Sekundarstufe II gehören Inhaltsanalyse, Simulationen, Rollenspiele, Fallstudien, Portfolioarbeit, soziale Lernaktivitäten, kooperative Lernaktivitäten und gemeinschaftsbezogene Aktivitäten.

Die vorgenannten Informationen sind rein theoretischer Natur. In der Praxis ist das Bildungsangebot oft an die spezifischen Bedürfnisse des Lehrpersonals einer bestimmten Schule gebunden. Eine Lehrkraft muss eine bestimmte Anzahl von Unterrichtsstunden pro Woche leisten, um ihre Lehrverpflichtung zu erfüllen. In einigen Fällen kann dies bedeuten, dass er an mehr als einer Schule unterrichtet, und es ist nicht ungewöhnlich, dass eine Lehrkraft mehrere Fächer abdeckt. Infolgedessen kann eine Lehrkraft, die zusätzliche Unterrichtsstunden benötigt, dafür plädieren, dass die politische Bildung in das Bildungsangebot der Schule aufgenommen wird, um ihre erforderlichen Wochenstunden zu erfüllen. Diese Situation führt zu statistischen Schwankungen und inkonsistenten Daten für die Forscher, aber vor allem zu einem schwankenden und unsicheren Bildungsangebot für die Schüler.

All dies legt den Schluss nahe, dass Rumänien ein Land ist, das seine Bemühungen im Bereich der politischen Bildung fast ausschließlich auf die unteren

Schulstufen - Grundschule und Sekundarstufe I - konzentriert hat. In der Sekundarstufe II erscheint die politische Bildung als Wahlfach oder fakultativer Teil des Lehrplans, was im Wesentlichen darauf hindeutet, dass die Bildungsbehörden die Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur der Schüler nicht als Hauptaufgabe der Berufsschulen betrachten.

## DISKUSSION

Das Bild, das wir uns auf der Grundlage der im vorangegangenen Kapitel durchgeführten Analyse machen können, ist weder einfach noch geradlinig. Im Allgemeinen können wir jedoch mit dem Stand der politischen Bildung in den Berufsschulen in den Ländern, die wir in unsere Studie einbezogen haben, nicht zufrieden sein.

Am besorgniserregendsten ist die Situation in England, wo die politische Bildung in den Berufsschulen der Sekundarstufe II völlig vernachlässigt wird. Ähnlich verhält es sich in Rumänien, wo politische Bildung nur in einigen Schulen als Wahlfach oder Wahlpflichtfach angeboten wird. In allen anderen Ländern ist die politische Bildung in den Berufsschulen präsent, entweder als fächerübergreifendes Thema, als eigenständiges Fach oder als Kombination beider Modelle. In Italien ist die politische Bildung ausschließlich als fächerübergreifendes Thema integriert, während das Modell des eigenständigen Fachs in Österreich und Norwegen verwendet wird, wo es in Österreich *Geschichte, Sozialkunde und staatsbürgerliche Erziehung* heißt und in Norwegen *Sozialkunde*. In Deutschland und Kroatien wird die politische Bildung in Berufsschulen durch eine Kombination aus dem fächerübergreifenden Ansatz und einem eigenständigen Fach umgesetzt, das in Deutschland *Sozialkunde* und in Kroatien *Politik und Wirtschaft* heißt.

Es liegt auf der Hand, dass es zwischen den in die Analyse einbezogenen Ländern gewisse Unterschiede gibt. In diesem Abschnitt werden wir uns jedoch auf die Probleme und Herausforderungen konzentrieren, die den meisten oder allen Ländern gemeinsam sind. Zuerst ist festzustellen, dass in England und Rumänien die politischen und pädagogischen Behörden die Idee aufgegeben haben, den Schülern in den Berufsschulen, die sich in dieser Schulzeit in einer prägenden Phase ihrer Entwicklung befinden, Programme zur politischen Bildung anzubieten. Daraus lässt sich schließen, dass in diesen beiden Ländern die Ansicht vorherrscht, dass die Berufsschulen der Sekundarstufe II ausschließlich dazu dienen sollten, junge Menschen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Doch selbst in Ländern, in denen die politische Bildung Teil des Lehrplans ist, gibt es aufgrund des Charakters der beruflichen Bildung gewisse strukturelle Spannungen. Dies wurde von Schmid-Heher (2024) im Zusammenhang mit Österreich diskutiert, und wir glauben, dass dies auch für alle anderen Länder gilt. Der berufliche Teil der Ausbildung, insbesondere der praktische Teil, ist auf die Ausbildung spezifischer Fähigkeiten ausgerichtet. Unter diesen Bedingungen "gibt es nur wenig Raum für Diskussionen, weil man in erster Linie das abliefern muss, was man abliefern soll, und dann nicht alles in Frage stellen darf. Ich bezweifle nicht, dass es viele Ausbilder gibt, die gute Erklärungen geben und auch das kritische Denken fördern, aber das kann natürlich nicht im Mittelpunkt stehen" (Schmid-Heher, 2024). Hinzu kommt, dass der Großteil der praktischen Ausbildung in privaten Unternehmen stattfindet, wo eine demokratische Organisation unwahrscheinlich ist. Dieses strukturelle Spannungsverhältnis unterscheidet die Umsetzung von politischer Bildung in beruflichen Schulen von der in allgemeinbildenden Schulen in allen untersuchten Ländern.

Derzeit wird dieses strukturelle Spannungsverhältnis durch die Dominanz der sozioökonomischen Funktion gegenüber der soziokulturellen aufgelöst. Dies gilt für alle in die Analyse einbezogenen Länder, selbst für Deutschland, wo die Situation im Bereich der politischen Bildung wohl am besten ist. Die Analyse hat gezeigt, dass in deutschen Berufsschulen der Schwerpunkt ebenfalls auf der Erreichung beruflicher Ziele liegt. Es hat den Anschein, dass sich dieser Trend der Priorisierung beruflicher Ziele auf Kosten allgemeiner Bildungsziele fortsetzen wird, wie die jüngsten Reformen der beruflichen Bildung in einigen Ländern zeigen. Ein paradigmatisches Beispiel ist Kroatien, wo geplant ist, das eigenständige Fach Staatsbürgerkunde vollständig aus dem Lehrplan der dreijährigen Berufsschulen zu streichen, um mehr Raum für berufliche Inhalte und praktische Ausbildung zu schaffen.

Eine Herausforderung, die in allen untersuchten Ländern festgestellt wurde, betrifft die Ausbildung der Lehrkräfte und ihre Kompetenzen für den Unterricht in politischer Bildung. Die Analyse ergab, dass sich eine beträchtliche Anzahl von Lehrern, von denen erwartet wird, dass sie politische Bildung in Berufsschulen vermitteln, für diese Rolle nicht ausreichend kompetent fühlen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es nur sehr wenige Hochschuleinrichtungen und Studiengänge gibt, in denen sich Lehrkräfte speziell auf die Vermittlung von politischer Bildung spezialisieren können. Darüber hinaus ist die kontinuierliche berufliche Weiterbildung von Berufsschullehrern im Bereich der politischen Bildung eher die Ausnahme als die Regel. Der Mangel an Lehrerfortbildung zeigt sich sowohl in Bezug auf inhaltliche Aspekte, wie z. B. die Vorbereitung auf die Vermittlung bestimmter kontroverser sozialer und politischer Themen, als auch in Bezug auf die didaktische Dimension, d. h. in Bezug auf die Vorbereitung auf die Vermittlung von politischer Bildung im spezifischen Kontext der Berufsschulen.

Inhaltlich zeigt die Analyse eine Vielfalt von Themen, aber die Experten warnen davor, dass es auch in diesem Bereich gewisse Herausforderungen gibt. Ein gemeinsames Problem, das sich herauskristallisiert, ist eine Form der Entpolitisierung der politischen Bildung, bei der Diskussionen über kontroverse soziale Themen oft vermieden werden und sich der Schwerpunkt auf die rechtlichen Dimensionen des verfassungsrechtlichen und politischen Systems verlagert. Politische Institutionen werden untersucht, während die Rolle informierter und verantwortungsbewusster Bürger, die sich aktiv an den politischen Prozessen ihrer Gemeinschaften beteiligen, weniger im Vordergrund steht. Diese Situation ist zum Teil auf den Lehrplan für die politische Bildung selbst zurückzuführen, nach Ansicht von Experten aber vor allem auf das bereits erwähnte Problem, dass sich eine beträchtliche Anzahl von Lehrern nicht ausreichend kompetent fühlt, um kontroverse politische Themen im Unterricht zu behandeln.

Eine weitere Erkenntnis, die hervorzuheben ist und die für fast alle in die Analyse einbezogenen Länder gilt, ist das Fehlen einer systematischen Überwachung und Bewertung der Umsetzung der politischen Bildung in den Berufsschulen.

## SCHLUSSFOLGERUNG

Die heutigen demokratischen Gesellschaften stehen vor zahlreichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen, von denen zwei für die Untersuchung der politischen Bildung in Berufsschulen besonders relevant sind. Zum einen erleben die heutigen Gesellschaften einen raschen demografischen Wandel, insbesondere eine alternde Bevölkerung und eine sinkende Zahl junger Menschen. Diese demografischen Trends führen zu einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, insbesondere in bestimmten Berufen. Als mögliche Antwort auf diese Herausforderung versuchen die heutigen Gesellschaften, junge Menschen in Berufsschulen darauf vorzubereiten, so schnell wie möglich in den Arbeitsmarkt einzutreten, und ermutigen sie oft, einen Teil ihrer Schulzeit am Arbeitsplatz zu verbringen. Mit diesem Ansatz werden jedoch allgemeine Bildungsinhalte, einschließlich der politischen Bildung, in den Berufsschulen zunehmend an den Rand gedrängt. Diese Marginalisierung zeigt sich häufig in der begrenzten Zeit, die für die politische Bildung vorgesehen ist, die sehr bescheiden ist. Darüber hinaus spiegelt sie sich fast immer in der Wahrnehmung der politischen Bildung durch die Bildungsbehörden, die Arbeitgeberverbände und sogar einige Lehrer und Schüler als ein Thema von geringer Bedeutung wider.

Die Marginalisierung der politischen Bildung in den Berufsschulen findet genau zu einer Zeit statt, in der die heutigen Gesellschaften vor einer weiteren großen Herausforderung stehen: dem Aufkommen extremer politischer Optionen, insbesondere rechtspopulistischer Bewegungen, die einige der Grundwerte der liberalen Demokratie in Frage stellen. Es besteht die Sorge, dass junge Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau eher für solche politischen Optionen stimmen und, was noch besorgniserregender ist, dass sie Ansichten vertreten, die die liberale Demokratie als politisches System ablehnen (Werfhorst, 2016). Es wäre logisch zu erwarten, dass die heutigen Gesellschaften als Reaktion auf diese Bedrohungen ihre Bemühungen zur Förderung der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur durch ihre Bildungssysteme verstärken würden. Dies gilt insbesondere für Berufsschulen, die von Schülern besucht werden, für die diese Bildungsebene oft der letzte Kontakt mit dem formalen Bildungssystem ist.

Es ist offensichtlich, dass die gegenwärtigen sozialen und politischen Prozesse widersprüchliche Herausforderungen für die berufliche Bildung darstellen. Der Überblick, den wir gegeben haben, legt nahe, dass die Länder ihre Anstrengungen in erster Linie auf die sozioökonomische Funktion konzentrieren, d. h. auf die Vorbereitung junger Menschen auf den Arbeitsmarkt. **Die erste und allgemeinste, aber auch wichtigste Empfehlung lautet daher, das Gleichgewicht wiederherzustellen und dafür zu sorgen, dass die Vorbereitung junger Menschen auf die Rolle aktiver Bürger - die staatsbürgerliche Bildung - zu einem wesentlichen Bestandteil der beruflichen Bildung wird, und zwar nicht nur formal, sondern auch in der Praxis.**<sup>6</sup> Das Eintreten für eine Stärkung der politischen Bildung in den Berufsschulen setzt die Bildung von Koalitionen voraus, an denen Akteure aus der Wissenschaft, Lehrerverbände, Organisationen der Zivilgesellschaft und insbesondere Jugendverbände beteiligt sind. Diese Koalitionen könnten eine Form von sozialer Macht aufbauen (Wright, 2010), die in der Lobbyarbeit genutzt werden kann. Ein gutes Beispiel für diesen Prozess ist die Stärkung der politischen Bildung in Österreich im Jahr 2008, als die Bildungsbehörden erst nach erheblichem Druck von breiteren gesellschaftlichen Kräften, insbesondere von Jugendverbänden, beschlossen, das Programm der politischen Bildung in österreichischen Schulen zu verbessern.

**Die zweite wichtige Empfehlung bezieht sich auf eine Herausforderung, die in allen Ländern festgestellt wurde: die dringende Notwendigkeit, die**

6 In dieser Studie haben wir uns in erster Linie auf die politische Bildung innerhalb des Lehrplans konzentriert und anderen Dimensionen wie der Schulkultur, den Beziehungen zwischen den Lehrern, der Rolle der Schulleiter und der Verbindung zwischen Schulen und der lokalen Gemeinschaft weniger Aufmerksamkeit geschenkt, die alle einen erheblichen Einfluss auf die Sozialisierung der Schüler in einer demokratischen politischen Kultur haben können. Schon eine kursorische Betrachtung dieser Aspekte deutet darauf hin, dass sie für berufliche Schulen besonders wichtig sein könnten. Daher planen wir, diese Überlegungen in unsere zukünftige Forschung einzubeziehen.

**Aus- und Weiterbildung von Lehrern zu verbessern, die an Berufsschulen politische Bildung vermitteln.**

Diese Verbesserung ist sowohl in der Phase der Erstausbildung der Lehrkräfte als auch während der laufenden beruflichen Entwicklung erforderlich. Die Notwendigkeit einer besseren Lehrerausbildung ist wahrscheinlich eines der Themen, bei denen unter den in die Analyse einbezogenen Ländern der größte Konsens besteht. In der nächsten Phase unseres Projekts werden wir versuchen, durch Interviews mit Lehrern, die an Berufsschulen politischen Unterricht erteilen, die Schlüsselaspekte zu ermitteln, auf die künftige Lehreraus- und -fortbildungsprogramme eingehen sollten.

**Unsere dritte Empfehlung setzt ebenfalls das Vorhandensein von kompetenten Lehrern voraus und befasst sich mit der Notwendigkeit, dass die politische Bildung in den Berufsschulen die spezifischen Merkmale der verschiedenen Berufe berücksichtigt.** Diese Notwendigkeit wurde von mehreren Experten erwähnt, insbesondere von Moorse (2024), der feststellt: "Aber wenn wir über berufliche Bildung und Staatsbürgerkunde nachdenken, müssen wir meiner Meinung nach ein bisschen anders darüber denken. Wir müssen die Berührungspunkte innerhalb der Fachbereiche und der von den Schülern gewählten Qualifikationen finden und Module der Staatsbürgerkunde unterrichten, die sich auf diese Fächer beziehen. Ganz gleich, ob sie eine Ausbildung zum Ingenieur, zum Friseur oder zur Krankenschwester machen, ich denke, es gibt einige grundlegende staatsbürgerliche Kenntnisse, die sich auf diese Berufe beziehen."

**Die vierte Empfehlung konzentriert sich auf die Stärkung der Verbindung zwischen Berufsschulen und Nichtregierungsorganisationen durch die Schaffung von Service-Learning-Programmen, die den Unterricht im Klassenzimmer mit dem direkten Engagement der Schüler in der Gemeinschaft verbinden.** Dies würde es Berufsschülern ermöglichen, praktische Erfahrungen nicht nur in ihrem Fachgebiet, sondern auch in der Dimension der aktiven Bürgerschaft zu sammeln. Der Aufbau dauerhafterer und robusterer Verbindungen zwischen Schulen und Organisationen ist besonders wichtig in Zeiten rascher sozialer und politischer

Veränderungen, in denen neue und kontroverse Themen im öffentlichen Raum auftauchen. In solchen Situationen fehlt es dem formalen Schulsystem oft an der nötigen Flexibilität, um den Unterricht zu diesen Themen schnell vorzubereiten. Organisationen, die sich auf diese Bereiche spezialisiert haben, könnten einbezogen werden, um sicherzustellen, dass die Schüler relevante Informationen erhalten. Dieses Modell wurde von mehreren Experten vorgeschlagen, unter anderem von Danter (2024), der feststellt: "Ich denke, dass es auch unsere Pflicht ist, aktuelle Themen einzubeziehen... Aber man kann sich nicht vorbereiten, wenn man ein normaler Lehrer ist, man hat seine Kurse und seinen Lehrplan, und dann passiert so etwas wie der 7. Oktober, und dann muss man alles über diese Art von Konflikt und den historischen Hintergrund wissen und sich auf Antisemitismus und so weiter konzentrieren... Also, ich denke, meine Meinung oder meine Idee, wie man diese Art von aktuellem Thema in die Schule einbeziehen kann, ist, dass das Schulsystem offener für andere Organisationen sein muss, die das auf professioneller Ebene behandeln."

Die Integration von politischer Bildung in Berufsschulen stellt eine Herausforderung dar, da der Schwerpunkt oft auf berufsspezifischen Fähigkeiten und nicht auf breiteren gesellschaftlichen Themen liegt. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert eine konzertierte Anstrengung, um politische Bildung in den Lehrplan der Berufsschule einzubetten, berufliche Weiterbildungsmöglichkeiten für Pädagogen anzubieten und Möglichkeiten für das Engagement der Schüler bei politischen Aktivitäten im schulischen Umfeld und in der lokalen Gemeinschaft zu schaffen.

**Die letzte Empfehlung bezieht sich auf die Notwendigkeit zukünftiger systematischer empirischer Forschung zu verschiedenen Aspekten der Umsetzung von politischer Bildung in Berufsschulen, da die Analyse in dieser Studie gezeigt hat, dass eine solche Forschung unerlässlich ist, wenn wir effektiv auf die Verbesserung der Ideale einer demokratischen politischen Kultur unter den Schülern hinarbeiten wollen.** An dieser Art von Forschung mangelt es noch, daher werden wir uns in der nächsten Phase unseres Projekts genau auf dieses Thema konzentrieren.



## Akademische Bücher und Artikel

- Almond, G. A. & Verba, Sidney (1963). *The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Princeton University Press.
- Besand, A. (2014). *Monitor politischer Bildung an beruflichen Schulen. Schriftenreihe der BpB*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Biesta, G. (2009). Good education in an age of measurement: On the need to reconnect with the question of purpose in education. *Educational Assessment, Evaluation and Accountability*, 21(1), 33–46.
- Brescianini, F. (2023). Promoting citizenship competence in Italian vocational education and training through assessment. In Tutlys, Vidmantas, Vaitkute, Lina and Naeyegele, Christof (eds.), *Vocational Education and Training Transformations for Digital, Sustainable and Socially Fair Future*. European Research Network on Vocational Education and Training, VETNET, Vytautas Magnus University Education Academy & Institute of Educational Science: 78-86.
- Brockmann, M., Clarke, L., & Winch, C. (2008). Knowledge, skills, competence: European divergences in vocational education and training (VET) – The English, German and Dutch cases. *Oxford Review of Education*, 34(5), 547–567.
- Crick, B. & Lister, I. (1978). *Political Education and Political Literacy*. Longman.
- Crick, B. (2000). *Essays on Citizenship*. Continuum.
- Dahl, R. A. (1989). *Democracy and Its Critics*. Yale University Press.
- Davies, I., Gregory, I. & Riley, S. (1999). *Good Citizenship and Educational Provision*. Falmer Press.
- Dehmel, A. (2005). *The role of vocational education and training in promoting lifelong learning in Germany and England*. Symposium Books.
- Dekker, H. (1991). Political socialization theory and research. In Dekker, Henk and Meyenberg, Rudiger (eds.), *Politics and the European younger generation: political socialization in Eastern, Central and Western Europe*. BIS-Verlag: 16–59.
- Eriksen Grevle, T. (2022). On a Mission to Break Ground for a More Democratic School System. *Nordic Journal of Comparative and International Education*, 6(2), 1–23.
- Fukuyama, F. (1995). *Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity*. Free Press.
- Fukuyama, F. (2021). *Liberalism and Its Discontents*. Farrar, Straus and Giroux.
- Galston, W. A. (2001). Political knowledge, political engagement, and civic education. *Annual Review of Political Science*, 4(1), 217–234.
- Grubb, N. W. (1996). *Learning to Work: The Case for Reintegrating Job Training and Education*. Russell Sage Foundation.
- Greenstein, F. I. (1969). *Children and Politics*. Yale University Press.
- Gutmann, A. (1987). *Democratic Education*. Princeton University Press.
- Harber, C. (1991). International Contexts for Political Education. *Educational Review*, 43(3), 245–256.
- Heater, D. (2003). *A History of Education for Citizenship*. Routledge.
- Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, Cultural Change, and Democracy: The Human Development Sequence*. Cambridge University Press.
- Janmaat, J.G. (2018). Educational influences on young people's support for fundamental British values. *British Educational Research Journal*, 44(2), 251-273.
- Jennings, K. M. & Niemi, R. G. (1981). *Generations and Politics: A Panel Study of Young Adults and Their Parents*. Princeton University Press.
- Lupia, A. (2016). *Uninformed: Why People Know So Little About Politics and What We Can Do About It*. Oxford University Press.
- Maitles, H. (1999). Political education in schools. *International Journal of Inclusive Education*, 3(2), 181–190.

- Milner, H. (2002). *Civic Literacy: How Informed Citizens Make Democracy Work*. Tufts University Press.
- Mouk, Y. (2018). *The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*. Harvard University Press.
- Ober, J. (2017). *Demopolis: Democracy before Liberalism in Theory and Practice*. Cambridge University Press.
- Osler, A., & Starkey, H. (2015). *Education for Cosmopolitan Citizenship: A Framework for Language Learning*. Trentham Books.
- Patrick, J. J. (1977). Political Socialization and Political Education in Schools. In Renshon, Stanley (ed.), *Handbook of Political Socialization*. The Free Press: 190-223.
- Putnam, R. D. (1993). *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton University Press.
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling Alone: The Collapse and Revival of American Community*. Simon & Schuster.
- Rapeli, L. (2014). *The Conception of Citizen Knowledge in Democratic Theory*. Palgrave Macmillan.
- Ravlić, S. (2017). *Liberal democracy: challenges and temptations (Liberalna demokracija: izazovi i iskušenja)*. Plejada.
- Schneider, S. L. (ed.) (2008). *International Standard Classification of Education. An Evaluation of Content and Criterion Validity for 15 European Countries*. MZES.
- Sigel, R. S. (1995). New Directions for Political Socialization Research: Thoughts and Suggestions. *Perspectives on Political Science*, 24(1), 17-22.
- Šalaj, B. (2002). *Models of political education in European countries' school systems (Modeli političkog obrazovanja u školskim sustavima europskih država)*. *Politička misao*, 39(3), 127-144.
- Šalaj, B. (2005). Political education in schools: unnecessary politicization of education or an important condition of democracy? Case of England (Političko obrazovanje u školama: nepotrebna politizacija obrazovanja ili važan uvjet demokracije? Slučaj Engleske), *Politička misao*, 42(2), 77-99.
- Šalaj, B. (2007). *Social capital: Croatia in a comparative perspective (Socijalni kapital: Hrvatska u komparativnoj perspektivi)*. Fakultet političkih znanosti.
- Šalaj, B. (2014). New civic education programme in Croatian schools: start of serious work on the development of democratic political culture or fig leaf of the ministry? (Novi program građanskog obrazovanja u hrvatskim školama: početak ozbiljnog rada na razvoju demokratske političke kulture ili smokvin list ministarstva?). In Ilišin, Vlasta, Gvozdanović, Anja and Potočnik, Dunja (eds.), *Democratic potentials of young people in Croatia (Demokratski potencijali mladih u Hrvatskoj)*, Institut za društvena istraživanja: 241-268.
- Šalaj, B. (2018). *In anticipation of Godot? Politics, democracy and civic education in Croatia (U očekivanju Godota? Politika, demokracija i građanski odgoj i obrazovanje u Hrvatskoj)*. GOOD Inicijativa & Gong.
- Šalaj, B., Gvozdanović, A., & Horvat, M. (2024). Political competence of Croatian secondary school students 2010-2021. *Citizenship, Social & Economics Education*, 23(2), 54-69.
- Tormey, S. (2015). *The End of Representative Politics*. Polity Press.
- Vujčić, V. (2001). *Political culture of democracy (Politička kultura demokracije)*. Panliber.
- Vujčić, V. (2008). Culture and Politics (*Kultura i politika*). Politička kultura.
- Van de Werfhorst, H. G. (2016). Vocational and academic education and political engagement: The importance of the educational structure. *Comparative Education Review*, 61(1), 111-140.
- Westheimer, J. (2015). *What Kind of Citizen? Educating Our Children for the Common Good*. Teachers College Press.
- Wieland, J. (2019). *Was man sagen darf: Mythos Neutralität in Schule und Unterricht. Hintergrundpapier zu „Politische Bildung in der Schule“*. Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin.
- Wright, E. O. (2010). *Envisioning Real Utopias*. Verso Books.
- Zakaria, F. (2007). *The Future of Freedom: Illiberal Democracy at Home and Abroad*. W. W. Norton & Company.

CEDEFOP (2014). *Terminology of European education and training policy. A selection of 130 key terms*. Publications Office of the European Union.

CEDEFOP & ReferNet (2024). *Vocational education and training in Europe: VET in Europe database – detailed VET system descriptions (Database)*. <https://www.cedefop.europa.eu/en/tools/vet-in-europe/systems/>

Education Policy Institute (2023). *Eleven facts about the education system in England*. Nesta.

Eurydice Report, (2017a). *Citizenship Education at School in Europe*. Education, Audiovisual and Culture Executive Agency.

Eurydice Report, (2017b). *Citizenship Education at School in Europe. Annexes: National Information and Websites*. Education, Audiovisual and Culture Executive Agency.

Eurydice (2023a). *The structure of the European education systems 2023/2024*. European Education and Culture Executive Agency.

Eurydice (2023b). *Compulsory education in Europe – 2023/2024*. European Education and Culture Executive Agency.

Eurydice (2024). *National Education Systems*. Available on: [National Education Systems](#).

Ministarstvo prosvjete i športa Republike Hrvatske (1996). *Curriculum for secondary vocational schools (Nastavni planovi srednjih strukovnih škola)*. Glasnik Ministarstva prosvjete i športa Republike Hrvatske, posebno izdanje broj 1.

Ministarstvo znanosti i obrazovanja Republike Hrvatske (2019): *Curriculum for the cross-curricular subject of civic education for primary and secondary schools (Kurikulum za međupredmetnu temu građanski odgoj i obrazovanje za osnovne i srednje škole)*. Narodne novine 10/2019.

OECD (2024). *Education at a Glance 2024: OECD Indicators*. OECD Publishing.

UNESCO (2012). *International Standard Classification of Education ISCED 2011*. Montreal: UNESCO Institute for Statistics.

## Befragungen

Baketa, Nikola (2024., September 2). Persönliches Interview.

Danter, Patrick (2024., July 15). Persönliches Interview.

Janmaat, Jan G. (2024., July 15). Persönliches Interview.

Machell, Dorit (2024., June 18). Persönliches Interview.

Mampel, Annabel (2024., May 29). Persönliches Interview.

Moorse, Liz (2024., July 25). Persönliches Interview.

Pigozzo, Francesco (2024., July 2). Persönliches Interview.

Schmid Heher, Stefan (2024., July 18). Persönliches Interview.

Tamang, Christina (2024., May 29). Persönliches Interview.

Tuttolomondo, Luisa (2024., June 21). Persönliches Interview.

Vasile, Mihai (2024., September 12). Persönliches Interview.

Politische Bildung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung:  
Vergleichende Studie über europäische Praktiken

Zagreb, Dezember 2024

